

Prüfbericht
über die
Vorarlberger Kraftwerke AG

Bregenz, im September 2000



Abkürzungsverzeichnis

ATS	Österreichische Schilling
bzw.	beziehungsweise
etc.	et cetera
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Mio.	Million(en)
SGF	Strategische Geschäftsfelder
zB	zum Beispiel
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
EIWOG	Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
MBA	Mechanisch-biologische Anlage zur Behandlung von Restmüll
ALSAG	Altlastensanierungsgesetz

INHALTSVERZEICHNIS

Vorbemerkungen	
Vorlage an den Landtag und die Landesregierung	4
Darstellung der Prüfungsergebnisse	4
Zusammenfassung der Ergebnisse	5
Prüfungsgegenstand und –ablauf	7
VKW im Überblick	8
Geschäftszweck und Organe	8
Unternehmensziele und -strategien	10
Geschäftsfelder	13
Finanz- und Ertragslage	18
Stellungnahme des Vorstandes	19
Beteiligungsmanagement	20
Beteiligungspolitik	21
Beteiligungsportfolio	24
Beteiligungscontrolling	31
Stellungnahme des Vorstandes	34
Beteiligung an der Häusle-Gruppe	34
Unternehmensbewertung	36
Due Diligence und Kaufpreis	39
Entwicklungsperspektive	44
Stellungnahme des Vorstandes	46
Schlussbemerkungen	47



Vorlage an den Landtag und die Landesregierung

Der Landes-Rechnungshof hat gemäß Artikel 70 der Landesverfassung dem Landtag und der Landesregierung über seine Tätigkeit und die Ergebnisse seiner Prüfungen zu berichten.

Gemäß § 5 des Gesetzes über den Landes-Rechnungshof in der geltenden Fassung hat der Landes-Rechnungshof nach einer durchgeführten Gebarungsprüfung unverzüglich einen Bericht vorzulegen.

Darstellung der Prüfungsergebnisse

Der Landes-Rechnungshof gibt in diesem Bericht dem Landtag und der Landesregierung einen detaillierten Überblick über die Teilgebarungsprüfung bei der „Vorarlberger Kraftwerke AG“.

Er konzentriert sich dabei auf die aus seiner Sicht bedeutsam erscheinenden Sachverhaltsdarstellungen, die Bewertung von Stärken, Schwächen und Risiken sowie die daran anknüpfenden Empfehlungen.

Berichte über die Prüfungen durch den Landes-Rechnungshof erscheinen auf den ersten Blick eher nur Defizite aufzuzeigen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Arbeit der geprüften Stellen generell mangelhaft ist, selbst wenn die Darstellung von Stärken aus deren Sicht zu kurz kommt. Vielmehr soll das oft schon vorhandene Bewusstsein über Verbesserungspotentiale und die Umsetzung der gegebenen Empfehlungen dazu beitragen, das anerkannt hohe Leistungsniveau nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit noch zu verbessern.

Bei dem Zahlenwerk wurden gegebenenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen vorgenommen.

Im Bericht verwendete geschlechtsspezifische Bezeichnungen gelten grundsätzlich für Männer und Frauen.



Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Vorarlberger Kraftwerke AG (VKW) ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, das in den letzten Jahren sehr gute Ergebnisse erzielt hat.

Die bevorstehende Marktliberalisierung erfordert eine strategische Neuausrichtung, um die Erreichung der definierten Unternehmensziele auch zukünftig sicherzustellen. Mit einem deutlichen Ertragseinbruch ist zu rechnen, die Nutzung von Synergien aller Energieversorgungsunternehmen im Eigentum des Landes Vorarlberg wird angestrebt. Entsprechende Entwicklungsschritte wurden durch die Gründung der Gesellschaft „Energie Vorarlberg Koordinierungs GmbH“ eingeleitet. Am 13. September 2000 hat das Land Vorarlberg angekündigt, die Gesellschaftsanteile des Landes an der VKW bei der Vorarlberger Illwerke AG einzubringen und damit die beiden Unternehmen – bei Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit beider Unternehmen – unter eine einheitliche Führung zu stellen.

Seit dem Jahr 1996 wurde im Aufsichtsrat über die Beteiligungsstrategie berichtet, im Jahr 1999 hat der Aufsichtsrat die strategische Stoßrichtung für das Kerngeschäft und den Aufbau neuer Geschäftsfelder verabschiedet. Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder trägt zur Absicherung des Kerngeschäftes bei und ermöglicht gleichzeitig die Nutzung von Synergiepotentialen. Die Entwicklung neuer Geschäfte wurde durch Beteiligungen und gezielte Unternehmensakquisitionen eingeleitet.

Das Beteiligungsportfolio ist relativ klar strukturiert und weist die Beteiligungsgruppen „Abfallwirtschaft und Umwelttechnik“, „Biomasse und Gas“, „Telekommunikation“ und „Sonstige“ auf. Die VKW ist an 23 Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt. Die Risiken sind auf Grund der Größe des bisherigen Investments in Höhe von rund ATS 400,0 Mio. kalkulierbar. Positiv hervorzuheben ist aus Sicht des Landes-Rechnungshofes die Vermeidung von unrentablen Investments mit hohen Abschreibungen. Zukünftig sind die Engagements in den einzelnen Beteiligungsgruppen stärker mit den Beteiligungen des Landes Vorarlberg und der VIW abzustimmen. Die Gesellschaftsanteile des Landes an der Vorarlberger Erdgas GmbH sollten an die VKW übertragen werden.

Die Geschäftsrisiken der von der VKW als wesentlich definierten Beteiligungen werden vom Vorstand und vom Aufsichtsrat überwacht, der Erfüllung der Sorgfaltspflicht wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Renditen der Beteiligungen sind jedoch relativ gering.

Im Jahr 1998 hat die VKW die Häusle-Gruppe von der Firma Lobbe MTU erworben. Obwohl der Gutachter die Unternehmensgruppe relativ hoch bewertet hat, wurde vom Vorstand ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt.



Künftig sollte aber bei größeren Investments ein Zweitgutachter beauftragt werden. Der Landes-Rechnungshof empfiehlt auch, die Due Diligence zukünftig noch zu verbessern und allenfalls einen externen Branchenexperten bei der wirtschaftlichen Prüfung beizuziehen.

Die bis dato erzielten Ergebnisse der Hubert Häusle GmbH & Co KG liegen im Plan, die Verzinsung des Investments erfolgt auf sehr niedrigem Niveau. Die strategische Bedeutung dieses Kaufes liegt vor allem in der Sicherung des Deponievolumens für den Gesellschafter Land Vorarlberg. Künftig sind jedoch verstärkte Anstrengungen notwendig, um selbst die geringe Verzinsung des eingesetzten Kapitals zu gewährleisten. Der Geschäftsführer sollte beauftragt werden, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Ertragslage einzuleiten.



Kenndaten der Vorarlberger Kraftwerke AG				
Eigentümer	Land Vorarlberg			76,4 %
	Privatanleger			11,6 %
	Vorarlberger Illwerke AG			8,8 %
	Vorarlberger Gemeinden			3,2 %
Unternehmensgegenstand	Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie und Energiedienstleistungen. Betrieb eines Verteilernetzes.			
Gebarungsentwicklung	1996	1997	1998	1999
	in Millionen ATS			
Umsatzerlöse	2.738,8	2.752,9	2.997,0	3.011,3
Betriebsergebnis	344,4	426,1	449,9	162,9*
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	336,0	403,1	374,9	129,2*
Jahresüberschuss	222,6	282,2	262,0	103,8*
Bilanzgewinn	82,3	88,0	145,8	144,9
Cash-flow	714,7	788,6	795,7	920,2
Mitarbeiter	771	755	730	704
Ausserordentliche Abschreibung in Höhe von ATS 363,2 Mio. berücksichtigt				

1. Prüfungsgegenstand und –ablauf

Der Landes-Rechnungshof prüfte vom 6. Juli bis 15. September 2000 das Beteiligungsmanagement der Vorarlberger Kraftwerke AG (VKW). Prüfungsschwerpunkte waren die Beteiligungspolitik, die Struktur der Beteiligungen (Beteiligungsportfolio) sowie das Beteiligungscontrolling zur Steuerung von Aufgaben, Erträgen und Risiken der Beteiligungen.

Die Prüfungsergebnisse wurden dem Vorstand am 26. September 2000 zur Kenntnis gebracht. Der Vorstand gab am 01. Oktober 2000 eine Stellungnahme ab, die vom Landes-Rechnungshof in den Prüfbericht eingearbeitet wurde.



2. VKW im Überblick

2.1. Geschäftszweck und Organe

Die VKW ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft, das seit 1. August 2000 von nur mehr einem Vorstandsmitglied geführt wird.

Geschäftszweck

Die VKW führt gemäß der Satzung vom 24. Juli 1999 innerhalb ihres Versorgungsgebietes die Allgemeinversorgung mit elektrischer Energie durch und hat als kunden- und wettbewerbsorientierter Anbieter von Energiedienstleistungen nach den Grundsätzen einer sicheren, kostengünstigen, umweltverträglichen und effizienten Bereitstellung der nachgefragten Dienstleistungen sowie eines wettbewerbsorientierten und wettbewerbsfähigen Energiemarktes zu agieren. Die VKW ist Betreiber eines Verteilungs- und eines Übertragungsnetzes.

Gegenstand

Der Gegenstand des Unternehmens „Vorarlberger Kraftwerke AG“ ist in § 2 der Satzungen geregelt und umfasst:

- Die Beschaffung und Verteilung von elektrischer Energie, Gas, Wärme und Wasser für die Abgabe an Weiterverteiler und Verbraucher sowie die Errichtung und der Betrieb aller dazu notwendigen Anlagen;
- Die Förderung des sparsamen Einsatzes von Energie in Vorarlberg;
- Die Verwertung von Abfällen, Materialien und Stoffen jeglicher Art sowie die Projektierung, die Errichtung, der Betrieb und jede Art der gewerblichen Nutzung von eigenen und fremden Verwertungseinrichtungen;
- Die Planung, die Errichtung, der Betrieb, die gewerbliche Nutzung und der Vertrieb von Geräten, Anlagen, Einrichtungen auf den Gebieten der Gas-, Wasser-, Wärme- und Elektrotechnik, der Elektronik, der automatischen Datenverarbeitung und der Kommunikationstechnik. Dies umfasst auch die Erbringung von Dienstleistungen auf allen vorgenannten Gebieten;
- Die Verwertung von Erfahrungen und Kenntnissen jeglicher Art gemäß der oben angeführten Tätigkeiten, insbesondere die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der technischen Beratung. Hierzu zählt auch die Tätigkeit auf dem Gebiet des Engineering und des Consulting sowie der Abschluss von Lizenz- und Know-how-Verträgen.



- Gegenstand** Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Maßnahmen zu ergreifen, Tätigkeiten auszuüben und Geschäfte abzuschließen, die unmittelbar oder mittelbar geeignet sind, dem Unternehmensgegenstand zu dienen.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, für vorstehende Unternehmenszwecke sich an anderen Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art zu beteiligen, solche Unternehmen zu erwerben und zu errichten sowie alle Geschäfte einschließlich Handelsgeschäfte und Interessensgemeinschaftsverträge einzugehen und zu betreiben, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.
- Grundkapital** Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt gemäß § 4 der Satzungen ATS 852,0 Mio. Der Aufsichtsrat hat vor kurzem eine Satzungsänderung beschlossen, das Grundkapital beträgt neu EURO 61,940.400,--.
- Es ist in ATS 8,520.000,-- Stückaktien zerlegt, wobei jede Stückaktie am Grundkapital im gleichen Umfang beteiligt ist. Laut § 5 der Satzungen sind sowohl Namens- als auch Inhaberaktien vorgesehen. Die Nennbeträge entsprechen einer festgelegten Anzahl von Stückaktien. Das Verhältnis Nennbeträge zu Stückaktien beträgt 100:1.
- Eigentümerstruktur** Als erstes Elektrizitätsversorgungsunternehmen Österreichs wurde die VKW im Jahr 1988 teilprivatisiert. Seitdem befanden sich 76,4 Prozent der Aktien im Eigentum des Landes Vorarlberg, 3,2 Prozent im Eigentum von Gemeinden und 20,4 % im privaten Streubesitz. Am 13. September 2000 hat das Land Vorarlberg angekündigt, seine Gesellschaftsanteile an der VKW bei den Vorarlberger Illwerken AG (VIW) einzubringen und die beiden Unternehmen mit 1. Jänner 2001 unter eine einheitliche Führung zu stellen.
- Organe** Die Organe der Gesellschaft sind laut der Satzung vom 24. Juni 1999 der Vorstand, der Aufsichtsrat sowie auf Basis des § 14 der Satzungen ein Arbeitsausschuss und die Hauptversammlung.
- Der Vorstand besteht aus zwei oder drei Personen und wird vom Aufsichtsrat bestellt. In der ordentlichen Hauptversammlung der VKW am 29. Juni 2000 wurde der § 7 Abs 1 (Stellung und Zusammensetzung des Vorstandes) der Satzung geändert. Durch die Satzungsänderung ist die Leitung und Vertretung der Gesellschaft auch durch ein Vorstandsmitglied möglich. Ab 1. August 2000 wird die VKW von einem Alleinvorstand geführt, die bisher gültige Geschäftsordnung für den Vorstand ist somit hinfällig.
- Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens sieben und höchstens zwölf von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern. Bestellung, Funktion und Beschlussfassung sind in einer Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.



Organe	<p>Der Arbeitsausschuss setzt sich aus fünf Mitgliedern des Aufsichtsrates zusammen, wobei der Aufsichtsratsvorsitzende, sein Stellvertreter und ein vom Betriebsrat entsandtes Aufsichtsratsmitglied vertreten sind.</p> <p>Den Vorsitz der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder einer seiner Stellvertreter. Jede Aktie mit einem Nennbetrag von ATS 100,-- gewährt eine Stimme. Stimmberechtigt sind die Inhaber von Namensaktien und die übrigen Aktionäre, sofern sie ihre Aktien gemäß § 21 der Satzung hinterlegt haben.</p>
Funktionsträger	<p>Dr Leo Wagner, Vorstand Dr Otto Waibel, Vorstand (bis 31. Juli 2000) Dr Martin Purtscher, Vorsitzender des Aufsichtsrates Dr Günther Keckeis, Vorsitzender-Stellvertreter</p>
Personalstand	<p>Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer betrug im Geschäftsjahr 1999 unter aliquoter Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten 704 Dienstnehmer, davon 648 Angestellte und 56 Lehrlinge.</p>

2.2. Unternehmensziele und -strategien

Die bevorstehende Marktliberalisierung erfordert eine strategische Neuausrichtung, um die Erreichung der definierten Unternehmensziele auch künftig sicherzustellen; entsprechende Entwicklungsschritte wurden eingeleitet.

Situation	<p>Mit der Verabschiedung der Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarktgesetz 96/92/EG am 19. Dezember 1996 durch den EU-Ministerrat wurde klargestellt, dass die Mitgliedsstaaten bis zum 19. Februar 1999 mit Ausnahme von Belgien, Griechenland und Irland diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen haben.</p>
EIWOG I	<p>Mit 19. Februar 1999 ist das Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz (EIWOG) in Kraft getreten, das für die österreichische Elektrizitätswirtschaft in weitgehender Übereinstimmung mit der Elektrizitätsbinnenmarktlinie der Europäischen Union eine schrittweise Marktöffnung vorsieht. Seit diesem Tag haben Stromkunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 40 Mio. Kilowattstunden (40 GWh) sowie die ÖBB Marktzutritt und können sich damit den Stromlieferanten auf dem österreichischen und europäischen Markt aussuchen.</p> <p>Ab 19. Februar 2000 ist die Marktzutrittsschwelle auf 20 GWh herabgesetzt, die drei VKW-Kunden und ein Kunde des „Wiederverkäufers“ EW Frastanz erreichen. Ab dem Jahr 2003 können bereits Kunden mit einem Jahresstromverbrauch von mehr als 9 GWh den Lieferanten auswählen, wovon nach dem derzeitigen Stand 14 bis 15 VKW-Kunden Gebrauch machen können.</p>



- EIWOG I** Ab dem 19. Februar 2002 haben auch Betreiber von Verteilnetzen (Wiederverkäufer), die nicht Übertragungsnetzbetreiber sind, Netzzugang, sofern deren unmittelbare Abgabe an Endverbraucher den Wert von 40 GWh übersteigt. Ab 19. Februar 2003 wird der Wert auf 9 GWh herabgesetzt.
- EIWOG II** Auf Grund der derzeitigen politischen Diskussion und Vorlage der Gesetzesentwürfe hinsichtlich der Novellierung des EIWOG wird die österreichische Energiewirtschaft gänzlich neu strukturiert, wobei eine vollständige Marktöffnung ab 1. Oktober 2001 vorgesehen ist. Mit einem verstärkten Preiswettbewerb und in dessen Folge mit weiteren Strukturkonzentrationen in der Elektrizitätswirtschaft ist zu rechnen.
- Unternehmensziele** Auch auf einem liberalisierten Markt sind die definierten Unternehmensziele der VKW weiterhin zu berücksichtigen. Als bedeutendes Energiedienstleistungsunternehmen des Landes Vorarlberg fühlen sich die VKW mitverantwortlich für die Lebensqualität der Menschen, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und eine lebenswerte Umwelt in ihrer Region. Wesentliches Unternehmensziel der VKW und damit Kerngeschäft ist die zuverlässige und umfassende Bedienung der derzeit über 155.000 Kundenanlagen im Vorarlberger und Westallgäuer Versorgungsgebiet. Dazu zählen die Gewährleistung einer sicheren und preiswerten Versorgung mit elektrischer Energie sowie das Anbieten von qualifizierten Dienstleistungen, womit insbesondere auch eine sparsame und sinnvolle Energieanwendung beim Kunden ermöglicht werden soll.
- Ergänzend zum Kerngeschäft engagiert sich die VKW in neuen Geschäftsfeldern, die zur Stromversorgung in enger Beziehung stehen. Dazu zählen unter anderem die Telekommunikation, die Abfallwirtschaft und Umwelttechnik, die sinnvolle energetische Nutzung der heimischen Biomasse sowie die Nutzung anderer alternativer erneuerbarer Energiequellen wie die Sonnenenergie. Diese innovativen Dienstleistungen werden teilweise in enger Kooperation mit heimischen Wirtschaftsunternehmen ausgeführt.
- Strategische Ausrichtung** Die VKW hat sich unternehmensintern mit den möglichen Auswirkungen der Liberalisierung auseinandergesetzt. Im August 1999 wurde das Strategiepapier „Visionen, Strategie und strategische Aktivitäten zur Sicherung des Unternehmenserfolges, zur Stärkung der Wettbewerbsposition und zur Nutzung der Zukunftschancen im liberalisierten Energiemarkt“ zur weiteren Unternehmensorientierung vom Aufsichtsrat verabschiedet.
- Wesentliche strategische Ziele sind die Absicherung des Kerngeschäftes und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Für das Kerngeschäft Stromerzeugung, -übertragung, -verteilung, -handel und -vertrieb sowie für den Informations- und Kommunikationsservice wurden die Rahmenbedingungen erhoben, die Kernkompetenzen definiert und die Strategie sowie die strategischen Projekte festgelegt.



**Strategische
Ausrichtung**

Bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder soll auf bestehende Potentiale aufgebaut werden, um das Kerngeschäft Strom zu stützen. Die strategischen Projekte und Aktivitäten im Kerngeschäft und in den neu zu entwickelnden Geschäftsfeldern wurden in einem Projekte/Aktivitäten-Plan zusammengefasst und mit einer Terminplanung bis zum Jahr 2004 versehen.

Die Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft erfordert von der VKW im Vertrieb den Aufbau und die Implementierung einer zielgruppenorientierten Marketing- und Vertriebsorganisation, sowie die Entwicklung von Produkten und Tarifen, die an den Wettbewerbsmarkt angepasst sind.

Im Bereich der Durchleitungen sowie der Ausgleichsenergie sind hohe Anforderungen an die Messtechnik, die Informatik und die Kommunikationstechnik gestellt. Darüber hinaus ergeben sich durch die gesetzlichen Bestimmungen wie das Unbundling erhöhte Anforderungen an die Organisations- und Personalentwicklung.

Die VKW hat erste Erfahrungen im Hinblick auf die Preisentwicklung infolge gänzlicher Marktöffnung in ihrem Versorgungsgebiet Allgäu gemacht. Dementsprechend hat die VKW mit Stand April 2000 zwei Zukunftsszenarien für die Ertragsentwicklung erarbeitet und diese dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

Bewertung

Die gänzliche Liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland im Jahr 1999 hat sich bereits im deutschen Versorgungsgebiet (Allgäu) der VKW ausgewirkt. Vor der Liberalisierung lag das Strompreisniveau rund 20 Prozent über dem Vorarlberger Niveau. Innerhalb eines Jahres hat sich dieses Strompreisniveau um rund 30 Prozent reduziert, wobei durch die Rabattierungsmaßnahmen auch in Vorarlberg das Strompreisniveau gesenkt wurde.

Um in einem weitgehend liberalisierten Strommarkt bestehen zu können, gilt es aus Kostengesichtspunkten, die kritische Unternehmensgröße zu erreichen. Nach einer Studie der US-Beratungsfirma Price-Waterhouse Coopers liegt diese Unternehmensgröße in Österreich beim Stromverkauf an Endkunden ab 300.000 bis 500.000 Haushalten. Um diese kritische Unternehmensgröße zu erreichen, sind entsprechende Wachstumsstrategien erforderlich.

Das notwendige Wachstum kann auf Grund der starken Regionalisierung in der Regel nicht aus eigener Kraft bewältigt werden. Strukturkonzentrationen und Verkäufe an ausländische Partner sind in der österreichischen Elektrizitätswirtschaft daher eine logische Folge.



Bewertung

Die VKW hat bereits frühzeitig wichtige Aktivitäten zur Sicherung der Eigenständigkeit gesetzt. Positiv hervorzuheben sind aus Sicht des Landes-Rechnungshofes die in den letzten Jahren eingeleiteten Maßnahmen zur Reduktion der Kosten sowie die Umsetzung eines Kundenbindungsprogrammes mit dem Ziel der Vereinbarung längerfristiger Lieferverträge mit Großkunden.

Der drohende Preisverfall zwingt jedoch zu unternehmensübergreifenden Maßnahmen und zu einer verstärkten Kooperation der Energieversorgungsunternehmen im Land. Das Land hat als Mehrheitseigentümer der VKW und der Vorarlberger Illwerke AG (VIW) durch die Gründung der Energie Vorarlberg Koordinierungs-GmbH (EVK) einen ersten Schritt zur Strukturkonzentration in der Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft gesetzt. Die bis dato eingeleiteten Aktivitäten zur Nutzung von Synergien sollen unternehmensübergreifend fortgesetzt werden. Auf der Basis eines konsequenten Wertkettenmanagements sollen die Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Netz, Stromhandel und Vertrieb zwischen den VIW und den VKW entsprechend der jeweiligen Kernkompetenz aufgeteilt werden. Ein konkreter Projektplan für die Umsetzung wurde erarbeitet.

Der Landes-Rechnungshof erachtet die eingeleiteten Schritte zur Konsolidierung der Vorarlberger Elektrizitätswirtschaft als positiv. Von zentraler Bedeutung war die Ankündigung des Landes Vorarlberg vom 13. September 2000, seine Gesellschaftsanteile an der VKW bei der VIW einzubringen und mit Jänner 2001 die beiden Unternehmen unter eine einheitliche Führung zu stellen.

Zur Umsetzung der strategischen Ziele der VKW ist insbesondere im Bereich Marketing und Vertrieb eine stärkere Vernetzung mit dem Gasbereich der Vorarlberger Erdgas GmbH (VEG) erforderlich. Auf die Notwendigkeit der Verflechtung von VKW und VEG hat bereits der Rechnungshof hingewiesen.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die Gesellschaftsanteile des Landes Vorarlberg an der VEG bei den VKW einzubringen, um auch energieträgerübergreifend die Voraussetzung zur optimalen Nutzung von Synergien sicherzustellen.

2.3. Geschäftsfelder

Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder trägt zur Absicherung des Kerngeschäftes bei und ermöglicht gleichzeitig die Nutzung von Synergiepotentialen.

Situation

Die VKW ist auf Grund der natürlichen Gegebenheiten in ihrem derzeitigen Versorgungsgebiet und einer vorausschauenden Unternehmenspolitik heute in der Lage, den weitaus überwiegenden Teil ihrer Stromaufbringung aus Wasserkraft zu decken.



Geschäftsfeld Strom Die gesamte Stromaufbringung der VKW für den Stromverkauf an die Kunden einschließlich Tausch-, Pump- und Überschussenergie sowie Verlusten betrug für das Jahr 1999 rund 2.843 Mio. kWh. Die Stromaufbringung wird einerseits durch Eigenerzeugung in acht größeren Wasserkraftwerken und sechs kleineren Laufkraftwerken sowie andererseits durch Strombezugsrechte gesichert. Strombezugsrechte bestehen an Donaukraftwerken (Altenwörth, Abwinden-Asten und Melk) und an der Stromerzeugung der VIW.

Die VKW erzeugte im Jahr 1999 rund 632 Mio. kWh Strom, bezog aus den Strombezugsrechten bei den Donaukraftwerken und bei den Illwerken rund 1.134 Mio. kWh und kaufte die restlichen rund 1.077 Mio. kWh von in- und ausländischen Partnern zu. Der größte Anteil des zugekauften Stromes entfiel auf die Verbundgesellschaft, mit der eine vertragliche Vereinbarung bis zum 31. Dezember 1999 bestand.

Strom aus erneuerbarer Energie wird von den VKW-Partnerunternehmen VKW-Kaufmann und VKW-Häusle bezogen, wobei als Energieträger für die Stromerzeugung Biomasse sowie Bio- und Deponiegas eingesetzt werden.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 2000 erfolgte auf Grund des Ausstieges der Verbundgesellschaft aus dem Illwerke-Vertragswerk in Vorarlberg eine energiewirtschaftliche Neuorientierung. Die VKW schied aus dem österreichischen Regelblock aus und trat mit Wirkung vom 12. Jänner 2000 in die deutsche Regelzone der Energie Baden-Württemberg (EnBW) ein. Mit der EnBW wurde ein langfristiger Stromliefervertrag über eine jährliche Abnahmemenge von 500 Mio. kWh abgeschlossen und somit die Basis für eine längerfristige vertiefte Zusammenarbeit geschaffen. Mit dem Erwerb der zweiten Hälfte der Erzeugung des Walgauwerkes wurde die Eigenaufbringung aus Wasserkraft um zirka 170 Mio. kWh erhöht.

**Geschäftsfeld
Abfallwirtschaft und
Umwelttechnik**

Die Abfallwirtschaft, Umwelt- und Entsorgungstechnik stellt für die VKW ebenso ein interessantes Geschäftsfeld dar, das für die Zukunft an Bedeutung gewinnen wird. Als Einstieg in die Umwelttechnik hat sich die VKW im Jahr 1997 an der Anlagenbaufirma Vogel & Müller beteiligt, diese im Jahr 1998 zur Gänze übernommen und zur „VKW Anlagenbau und Umwelttechnik“ umbenannt.

In die Entsorgung ist die VKW durch ein gemeinsames Projekt mit der Hubert Häusle GmbH & Co KG eingestiegen. Gemeinsam wurden die Vorarlberger Bioabfallverwertungs-GmbH und die „VKW“-Häusle GmbH gegründet.



Geschäftsfeld
Abfallwirtschaft und
Umwelttechnik

Die Übernahme der Firma Häusle – samt ihrer Beteiligungen – war im Jahr 1998 ein wichtiger Meilenstein für die VKW in diesem Geschäftsfeld. Weiters ist die VKW durch die Übernahme und Verschmelzung der Peter Branner GmbH & Co KG (BHS) mit der Hubert Häusle GmbH & Co KG im Jahr 1999 in der Lage, die gesamte Wertkette in der Entsorgung – Sammeln, Sortieren, Bearbeiten und Deponieren – anzubieten. Es ist das Ziel der VKW in diesem Geschäftsfeld künftig neue Dienstleistungen zu entwickeln und zu vermarkten.

Geschäftsfeld
Telekommunikation

Die VKW verfügt über umfangreiche Fernmelde/Fernsteuerungs-Anlagen und modernste Datenleitungen sowie über geschulte Fachleute. Als eines der ersten Elektrizitätsunternehmen in Österreich wurden über dieses Netz Datenverbindungen für Vorarlberger Wirtschaftskunden zur Verfügung gestellt.

Zusammen mit den anderen österreichischen Landeselektrizitätsgesellschaften hat die VKW im Jahr 1995 die Vereinigten Telekom Österreich Beteiligungs Ges.m.b.H (VTÖB) gegründet. Diese Gesellschaft, an der seit dem Jahr 1998 mehrheitlich die SWISSCOM beteiligt ist, bietet seit dem Frühjahr 1998 Sprachdienste und Datentransportdienstleistungen an.

In ihrem Allgäuer Versorgungsgebiet hat die VKW eine eigene Tochtergesellschaft, die Lindenberger Telekommunikations GesmbH gegründet, die auf dem dortigen Markt Datentransportleistungen anbietet. Weiters ist die VKW an der Vorarlberger Telekommunikations GmbH (VTG) beteiligt, die als Arbeitsschwerpunkt derzeit den Aufbau eines „Corporate Network“ für Vorarlberg betreibt.

Geschäftsfeld
Biomasse

Seit einiger Zeit beschäftigt sich die VKW intensiv mit der Erschließung des ebenfalls in großer Menge vorhandenen heimischen Rohstoffes Holz zur naturnahen, umweltschonenden Energiegewinnung.

Das bisher größte „Verstromungsprojekt“ in Vorarlberg wurde im Jahr 1995 gemeinsam mit der Holzbauwerk Kaufmann GmbH in Reuthe realisiert. In der Anlage werden 10.000 Tonnen bei der Firma Kaufmann anfallende Holzabfälle energetisch genutzt. Die Wärme wird von der Firma Kaufmann genutzt, darüber hinaus werden jährlich rund 5 Mio. kWh Strom erzeugt, womit annähernd 1.000 Haushalte versorgt werden können.

Die Betriebserfahrungen mit dieser ersten industriellen Biomasse-Kraft-Wärme-Kopplungsanlage Vorarlbergs sind prinzipiell positiv, zeigen aber auch die wirtschaftlichen Grenzen dieser Technik auf.

Darüber hinaus ist die VKW an den Biomasse Heizwerken in Egg, Hittisau, Mellau, Lech und Gaschurn beteiligt.



Geschäftsfeld Wesentliche Grundlage für ein Geographisches Informationssystem (GIS)
Geographische bilden die Daten der Katastralmappe des Vermessungsamtes (Digitaler
Informationssysteme Kataster) sowie exakte vermessungstechnische Naturbestandsaufnahmen an Objekten. Bei der Beschaffung der Naturbestandsaufnahmen arbeitet die VKW seit Jahren intensiv mit Gemeinden und anderen Leitungsbetreibern wie zB der VEG zusammen.

Den Gemeinden soll damit die Führung der Daten von Katastralmappe, Flächenwidmungsplan, Wasser- und Kanalleitungen, Wohnhäuser, Straßen und anderen Objekten erleichtert werden. Die Entwicklung eines einheitlichen Systems – in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderechenzentrum – hilft den Gemeinden Kosten zu sparen. Bisher haben sich 31 Gemeinden dazu entschlossen, ein GIS einzuführen und dieses unter fachlicher Begleitung der VKW zu realisieren.

Bewertung

Auf den drohenden Preisverfall im Kerngeschäft Strom und daraus resultierenden Konsequenzen wurde bereits bei den Unternehmensstrategien hingewiesen. Die Rahmenbedingungen haben sich in diesem Geschäftsfeld durch die Liberalisierung grundlegend geändert und erfordern weitreichende Maßnahmen wie den verstärkten Eintritt in den Stromhandel, die Positionierung von zusätzlichen Strommarken sowie den Ausbau der Vertriebs- und Marketingkompetenz der VKW.

Derzeit ist das Ausmaß des Preisverfalls im Versorgungsgebiet Vorarlberg noch nicht exakt abschätzbar. Am Beispiel des Versorgungsgebietes Allgäu, in dem die Liberalisierung bereits im Jahr 1999 umgesetzt wurde, wird jedoch die Dimension der Umsatzreduktion im Kerngeschäft erkennbar.

Entwicklung Abgabemenge und Stromerlöse in den Jahren 1997 bis 2000

In GWh und Mio. ATS

	1997	1998	1999	2000
Abgabe im Allgäu von VKW	193,0	192,9	197,3	199,3
Stromerlöse	261,0	254,9	234,3	195,5

Quelle: Berechnung und Schätzung VKW

Die VKW hat für die Jahre 2000 bis 2004 eine Prognose der strategischen Eckwerte „Rohertrag aus dem Stromgeschäft“, „Cash-flow“ und „Jahresüberschuss“ erstellt. Dabei wurde von zwei Szenarien, einem Trend- und einem Worstcase-Szenario ausgegangen.



Bewertung

Die Ergebnisrechnung des Trendszenarios zeigt einen deutlichen Einbruch beim Rohertrag aus dem Stromgeschäft im Jahr 2001. Ab dem Jahr 2002 wird mit einer Stabilisierung der strategischen Eckwerte gerechnet. Das Niveau liegt allerdings deutlich unter den Ist-Daten für das Jahr 1999.

Im Worstcase-Szenario wird von kontinuierlich sinkenden Roherträgen im Kerngeschäft ausgegangen. Dementsprechend reduziert sich der Cash flow im Jahr 2005 auf nahezu die Hälfte des Wertes im Jahr 1999. Ein Jahresüberschuss kann nur noch bis zum Jahr 2001 erzielt werden, ab dem Jahr 2002 wird das Jahresergebnis negativ.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand mit der Entwicklung neuer Geschäftsfelder beauftragt, die mit dem Kerngeschäft in Zusammenhang stehen. Synergien können durch den Austausch von Dienstleistungen, Mitarbeitern und Know-how genutzt werden. Weiters besteht die Möglichkeit einzelne Leistungen zu bündeln und diese als „Pakete“ am Markt anzubieten.

Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder hat überwiegend strategischen Charakter und unterstützt die geplanten Maßnahmen zur Absicherung des Kerngeschäftes. Drohende Umsatz- und Ertragsausfälle im Kerngeschäft können durch die neuen Geschäftsfelder nicht aufgefangen werden.

Die Beschäftigung der VKW mit Stromgewinnung aus erneuerbaren Energien (Biomasse) entspricht dem Unternehmensziel auf Grund der gesetzlichen Verpflichtung im EIWOG und den energiepolitischen Zielsetzungen des Landes Vorarlberg.

Den Einstieg in die Telekommunikation hat die VKW nicht isoliert, sondern im Verbund mit den Elektrizitätsversorgungsunternehmen der anderen Bundesländer unternommen.

Die Entwicklung neuer Geschäftsfelder ist stark mit der Übernahme spezifischer Unternehmen bzw. die Beteiligung an entsprechenden Gesellschaften verbunden. Eine nähere Betrachtung der Beteiligungen erfolgt im Kapitel 3 Beteiligungsmanagement.

Der Aufsichtsrat hat in seiner 275. Sitzung im Juni 2000 den Auftrag zur Ausarbeitung eines Konzeptes für die strategische Ausrichtung der VKW erteilt. Dieses Konzept soll auf Basis der geplanten Aufteilung der Wertschöpfungsstufen erarbeitet werden.

Durch die vorgegebenen Schwerpunkte wie Holding-Lösung, Outsourcing, gemeinsame Infrastruktur- und Supportbereiche sowie Konzentration auf die Wertschöpfungsstufen „Stromhandel“ und „Vertrieb“ zeichnen sich grundlegende Veränderungen im Kerngeschäft, aber auch in den neuen Geschäftsfeldern ab.



2.4. Finanz- und Ertragslage

Die VKW hat in den letzten Jahren sehr gute Ergebnisse erzielt, künftig ist aber auf Grund der Liberalisierung mit einem deutlichen Ergebniseinbruch zu rechnen.

Situation

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um ATS 14,3 Mio. und betragen ATS 3.011,3 Mio. Darin enthalten sind Stromerlöse in Höhe von ATS 2.828,1 Mio., die sich gegenüber dem Vorjahr um ATS 26,6 Mio. verminderten. Obwohl gegenüber dem Vorjahr die Stromabgabe durch zusätzliche Handelsgeschäfte deutlich ausgeweitet werden konnte, ergab sich durch die verstärkten Preisnachlässe an Groß- und Gewerbekunden ein Rückgang in den Erlösen.

Der Personalaufwand betrug ATS 613,8 Mio. und hat sich gegenüber dem Jahr 1998 um rund ATS 100,0 Mio. verringert. Ursache dafür waren die im Vorjahr gesetzten Maßnahmen sowie weitere Personalstandsreduktionen.

Die Abschreibungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um ATS 351,1 Mio. Grund für die Erhöhung waren außerplanmäßige Abschreibungen von Kraftwerksanlagen, die auf Grund der verschärften Wettbewerbssituation in Folge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes erforderlich wurden.

Als Betriebsergebnis wurden im Jahr 1999 ATS 162,9 Mio. erwirtschaftet, während im Vorjahr noch ATS 449,9 Mio. erzielt werden konnten. Trotz eines deutlich verbesserten Finanzergebnisses reduzierte sich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ebenfalls von ATS 374,9 Mio. im Vorjahr auf ATS 129,2 Mio. Der Bilanzgewinn reduzierte sich um ATS 0,9 Mio. gegenüber dem Vorjahr und wurde mit ATS 144,9 Mio. ausgewiesen.

Bewertung

Die Preiseinbrüche im Stromgeschäft führten gegenüber dem Vorjahr zu einer deutlichen Ertragsminderung. Hierzu kommt die Belastung des Jahresergebnisses durch die Teilwertabschreibung der zuletzt gebauten Kraftwerke in Klösterle und Alberschwende.

Die Ergebnisverschlechterung konnte durch die reduzierten Personalkosten sowie durch ein deutlich verbessertes Finanzergebnis nur zum Teil aufgefangen werden. Durch Rücklagenbewegungen konnte der Bilanzgewinn gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant gehalten werden.

Auf Grund der Liberalisierung des Strommarktes wird sich durch den Preisdruck von Groß- und Gewerbekunden der Ertragseinbruch weiter fortsetzen.



Bewertung Durch die vorgesehene Novellierung des EIWOG werden sich auch die organisatorischen technischen Rahmenbedingungen völlig verändern und zu Kostensteigerungen sowohl im Vertriebs- als auch im Abrechnungsbereich führen. Trotz der bisher eingeleiteten und weiterhin konsequent zu verfolgenden Kostenreduktionen im Betrieb sind keine wesentlichen Ergebnisverbesserungen zu erwarten.

Empfehlung Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, weitere Kostensenkungspotentiale konsequent zu nutzen. Dabei sind die politischen Vorgaben des Gesellschafters Land Vorarlberg an die VKW den Wettbewerbsbedingungen anzupassen.

2.5. Stellungnahme des Vorstandes

Vom Vorstand der VKW wurden schon frühzeitig dem sich im Kerngeschäft abzeichnenden Investitions- und Instandhaltungsrückgang personalpolitische Maßnahmen entgegengesetzt, was durch eine Reduktion des Personalstandes in den letzten 10 Jahren um ca. 200 Mitarbeiter zum Ausdruck kommt. Andererseits konnte durch die vom Aufsichtsrat mitgetragene Strategie, sich in Geschäftsfeldern zu engagieren, die zur Stromversorgung in engerer Beziehung stehen, eine interessante und zukunftssträchtige Ausweitung des Geschäftsumfanges mit entsprechenden Synergiemöglichkeiten erzielt werden. Bei dieser Geschäftsausweitung ist insbesondere dem Themenviereck "Energie, Umwelt, Versorgung, Entsorgung" besondere Bedeutung beigemessen.

Durch die Liberalisierung des Strommarktes, die durch die Novellierung des EIWOG im Juli 2000 gegenüber der mit 19. Februar 1999 beschlossenen stufenweisen Marktöffnung nun mit 1. Oktober 2001 vollständig und in einem Schritt für alle Stromkunden erfolgt, werden für die E-Wirtschaft und somit auch für die VKW in kürzester Zeit gänzlich neue, verschärfte Rahmenbedingungen geschaffen.

Durch die frühzeitige Ausrichtung der VKW auf die zu erwartende Liberalisierung durch

- die konsequente Umsetzung von möglichen Kostensenkungsprogrammen
- den Aufbau einer Vertriebsorganisation mit entsprechender Kundenorientierung
- mit Kundenbindungsprogrammen

hat sich die VKW auf die neue Wettbewerbssituation so gut wie möglich vorbereitet und dies bei gegenüber den anderen Bundesländern günstigstem Strompreisniveau.



Da mit der vollständigen Marktöffnung ab 1. Oktober 2001 noch stärkere Erlöseinbußen zu erwarten sind, begrüßt der Vorstand die Entscheidung des Landes Vorarlberg, eine Konzentration der E-Wirtschaft in Vorarlberg herbeizuführen. Neben den dadurch zusätzlich zu erzielenden Kostenreduktionen sollen darüber hinaus die Möglichkeiten zur Erlösverbesserung, die sich im Stromhandel und in ausgeweiteten Vertriebsaktivitäten, allenfalls in Partnerschaften ergeben, konsequent genutzt werden. Weiters ist bei der Stromaufbringung Wettbewerbsfähigkeit herzustellen. Dies erfordert jedoch weitere außerplanmäßige Abschreibungen von Erzeugungsanlagen und auch Bewertungsanpassungen bei Strombezugsverträgen.

Die Empfehlung des Landesrechnungshofes, die Gesellschaftsanteile des Landes Vorarlberg an der VEG bei der VKW einzubringen, wird im Hinblick auf mögliche Synergiepotentiale und weiterer möglicher Vorteile, wie z.B. Paketangebote Strom - Gas, vom Vorstand positiv gesehen.

3. Beteiligungsmanagement

Nach dem Handelsgesetzbuch (§ 228 Absatz 1 HGB) sind Beteiligungen „Anteile an anderen Unternehmungen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch eine dauernde Verbindung zu diesen Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligungen gelten im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft oder an einer Genossenschaft, „die“ insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals der Gesellschaft erreichen.“

Diese und die weiteren Definitionen verbundener Unternehmen gemäß § 228 Absatz 3 dienen der Abgrenzung innerhalb der Rechnungslegung (Konsolidierung im Konzernabschluss).

Unter Beteiligungsmanagement kann jede aktiv gestaltende Einflussnahme auf eine Gesellschaft mit selbständiger kaufmännischer Rechnungslegung – unabhängig von Art und Umfang kapitalmäßiger und vertraglicher Grundlagen – verstanden werden. Beteiligungen können durch Neugründung oder Kauf von Unternehmen entstehen.

Wesentliche Aufgaben des Beteiligungsmanagements sind die Gestaltung der Beteiligungspolitik (Entscheidungsgrundlagen und Zielsetzungen), die Umsetzung geeigneter Beteiligungsmodelle (Konfiguration des Beteiligungsportfolios) sowie das Beteiligungscontrolling (Verwaltung und Steuerung).



3.1. Beteiligungspolitik

Die strategische Ausrichtung der VKW umfasst neben der Absicherung des Kerngeschäftes auch die Entwicklung neuer Geschäfte durch Beteiligungen und gezielte Unternehmensakquisitionen.

Situation

Strategie der VKW ist es, die Geschäftstätigkeit auszuweiten und das Kerngeschäft Strom gezielt zu unterstützen. Mit der Entwicklung neuer Geschäfte verfolgte die VKW auch das Ziel, Know-how und Infrastruktur für Zusatzgeschäfte zu nutzen und der bestehenden Kundenbasis neue Produkte und Dienstleistungen anzubieten.

Dadurch konnten neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter geschaffen und neue strategische Standbeine wie die Abfallwirtschaft und Umwelttechnik gezielt aufgebaut werden.

Strom

Im Kerngeschäft kam es, ausgelöst durch die bevorstehende Liberalisierung, zu Unternehmenskäufen und –verkäufen. Wechselseitige Beteiligungen von Elektrizitätsversorgungsunternehmen wurden vielfach angedacht, konnten aber bisher nur sehr zögernd realisiert werden. Ausländische Energieversorger haben sich an einzelnen Gesellschaften beteiligt bzw. diese mehrheitlich übernommen.

Die VKW verfügt lediglich über eine Minderheitsbeteiligung an den Gesellschaften „Gemeinschaftskraftwerk Stein GmbH“ und „Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH“. Um sich im grenznahen Allgäu zu etablieren, hat sich die VKW dagegen mehrheitlich an der „Allgäuer Elektrizitäts-Gesellschaft mbH“ in Lindenberg beteiligt.

Abfallwirtschaft und Umwelttechnik

Für den Einstieg der VKW in die Abfallwirtschaft und Umwelttechnik waren mehrere strategische Überlegungen entscheidend:

- Die Abfallwirtschaft und Umwelttechnik gewinnen in Zukunft an Bedeutung, neue Dienstleistungen werden nachgefragt;
- Erhalten der Wertschöpfung und des Know-hows in Vorarlberg mit der Möglichkeit, Leistungen auch im Ausland anzubieten;
- Nutzung von Synergiemöglichkeiten durch Know-how-Transfer und dadurch Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten (Arbeitsplatzsicherung und –schaffung);
- Ausweitung der Dienstleistungspalette im Zuge der Liberalisierung durch Bündelung von Ver- und Entsorgungsprodukten.

Die Umsetzung der Strategie soll durch gezielte Unternehmenskäufe und Beteiligungen an Unternehmungen mit Synergiepotentialen erfolgen und ist mit einem entsprechend hohen Investment verbunden.



Biomasse und Gas

Die Nutzung der Biomasse ist eine logische Konsequenz aus der gesetzlichen Vorgabe zur Gewinnung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen und deckt sich mit den energiepolitischen Zielsetzungen des Landes Vorarlberg.

Die Beteiligung der VKW an einem Biomasse-Heizwerk erfolgt unter drei Voraussetzungen:

- Das Projekt muss langfristig wirtschaftlich sinnvoll sein;
- Die Betreiber müssen voll hinter dem Projekt stehen und sich durch eine aktive Mitarbeit entsprechend beteiligen;
- Das Nahwärmeversorgungsgebiet darf nicht im Erdgasversorgungsgebiet liegen.

Aufbauend auf einer Grobstudie wird gemeinsam mit den zukünftigen Betreibern eine Feinstudie erstellt, in der die technischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erhoben werden. Die von der VKW überprüfte Grobstudie dient auch als Grundlage für die Beantragung einer eventuellen Förderung. Die VKW hat sich an mehreren Biomasse Kraftwerken beteiligt, das Investment ist relativ gering.

Zur Optimierung des Kundennutzens gewinnen Produktpakete aus Strom und Gas an Bedeutung. Dementsprechend ist die Beteiligung der VKW an der VEG von strategischer Relevanz.

Telekommunikation

Bei den VKW sind die Kraftwerks- und Umspannanlagen weitestgehend automatisiert und verfügen daher über umfangreiche Fernmelde- und Fernsteuerungsanlagen, modernste Datenleitungen und gut ausgebildete Fachkräfte.

Im Vorfeld der Liberalisierung haben sich die Energieversorgungsunternehmen zusammengeschlossen und die „Vereinigte Telekom Österreich Beteiligungsgesellschaft mbH.“ (VTÖB) gegründet. Zielsetzung der VTÖB war es, den Markteintritt ins Festnetzgeschäft vorzubereiten, um als alternativer Telekom-Anbieter auf dem kommenden liberalisierten Telekom-Markt auftreten zu können. Dazu wurde als Telekom-Betreibergesellschaft die „United Telekom Austria“ (UTA) von der VTÖB gegründet.

Entsprechend der strategischen Ausrichtung der UTA erfolgte österreichweit der Aufbau eines Lichtwellenleiter-Back-bone-Netzes, Versorgungslücken wurden somit geschlossen. In Vorarlberg erfolgte der Aufbau des Back-bone-Netzes gemeinsam mit den VIW. Die im Eigentum der VKW befindlichen Telekom-Anlagen werden der UTA gegen ein laufendes Nutzungsentgelt zur Verfügung gestellt. Im Jahr 1998 verstärkte sich die UTA durch die Partnerschaft mit der „SWISSCOM“ und agiert seither selbständig im Rahmen bestehender Verträge.



Technologie	<p>Unternehmen in der Technologiebranche verfügen auch zukünftig über ein großes Wachstumspotential. Die VKW unterstützt junge Technologieunternehmen in der Startphase durch Kapitalbeteiligungen und Gesellschafterdarlehen. Die Nutzung von Synergiepotentialen steht dabei im Vordergrund. Die Beteiligung an der Vorarlberger Telekommunikations-GmbH, Bregenz, stellt eine Erweiterung des öffentlichen Auftrages dar und wurde vom Gesellschafter Land gewünscht.</p>
Sonstige	<p>Mit einem relativ geringen Investment hat sich die VKW an der EGE Einkaufsgenossenschaft österreichischer Elektrizitätswerke reg.Gen. m.b.H. und am Studienkonsortium Bregenz beteiligt. Für beide Beteiligungen wurde eine Rückzugsstrategie definiert, die Auflösung der Beteiligung am Studienkonsortium Bregenzerach soll mit Ende dieses Jahres erfolgen.</p>
Bewertung	<p>Die VKW verfolgt eine klar definierte Beteiligungspolitik, die sich aus der Unternehmensstrategie ableiten lässt. Die Diversifikation in die Entsorgung und die Nutzung der Infrastruktur für die Telekommunikation können als branchenüblich bezeichnet werden, da Energieversorgungsunternehmen im In- und Ausland ebenfalls in diese Wirtschaftszweige investiert haben.</p> <p>Positiv ist aus Sicht des Landes-Rechnungshofes die Vermeidung undifferenzierter Unternehmenskäufe mit hohen Investitionen und Risiken. Durch die praktizierte Beteiligungspolitik hebt sich die VKW deutlich von anderen Energieversorgungsunternehmen in Österreich ab und musste daher bei den Beteiligungen auch nur relativ geringe Abschreibungen vornehmen.</p> <p>Der Aufsichtsrat unterstützt die Beteiligungspolitik der Geschäftsführung und befasst sich in seinen Sitzungen laufend mit Investitionen in neue Beteiligungen sowie mit der Entwicklung bestehender Beteiligungen. Die Beteiligungspolitik wird auch vom Gesellschafter Land mitgetragen.</p> <p>Wesentlich für die Umsetzung der Strategie im Bereich Abfallwirtschaft waren die Beteiligung an der Vorarlberger Bioabfallverwertungsgesellschaft und der Kauf der Firma Hubert Häusle. Die VKW hat damit die Grundlage für den Aufbau und die Weiterentwicklung eines neuen Geschäftsfeldes geschaffen, in dem auch Beteiligungserträge erwirtschaftet werden können.</p> <p>Im Bereich Umwelttechnik ist die VKW durch die Übernahme der Firma Vogel & Müller eine Risikobeteiligung eingegangen, um in einen zukunftssträchtigen Markt zu investieren. Das Investment ist in Relation zum Gesamtgeschäft als äußerst gering zu bezeichnen und selbst im Falle eines Abschreibungsbedarfs problemlos sanierbar. Bei positiver Geschäftsentwicklung können ebenfalls Beteiligungserträge erzielt werden.</p>



Bewertung

Laut Auskunft des Vorstandes der VKW soll das Geschäftsfeld Abfallwirtschaft und Umwelttechnik tendenziell zu einem Biocluster ausgebaut werden.

Beteiligungen an den Biomasse-Heizwerken werden sowohl als Minderheitsbeteiligungen, als auch in Höhe der Sperrminorität im Ausmaß von 26 bis 42 Prozent eingegangen.

Die VKW trägt durch die Kommanditeinlagen wesentlich zur Finanzierung der Heizwerke bei, Beteiligungserträge sind jedoch nur in einer längerfristigen Perspektive zu erwarten.

Der Einstieg in die Zukunftsbranche „Technologie“ ist durch die Beteiligung an der Firma HEITEC Austria Systeme GmbH, einer Tochterfirma der HEITEC GmbH Erlangen (Deutschland), erfolgt und wird durch die in Gründung befindliche Gesellschaft für Ausgleichsenergie- und Datenaustauschsystem AG erweitert. Das Investment in diese Unternehmen ist relativ gering. Ziel dieser Beteiligungen ist die Nutzung von Synergien mit der Informationstechnologie der VKW und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Vorarlberg. Bei positiver Geschäftsentwicklung sind Beteiligungserträge zu erzielen.

Im Zuge der Nutzung von Synergien zwischen VIW, VKW und VEG ist geplant, künftig den Aufbau neuer Geschäftsfelder stärker zu koordinieren. Die Beteiligungen sollen im Rahmen eines Beteiligungsportfolios bewertet werden. Auf Basis dieser Bewertung werden Geschäftsfeldstrategien zu definieren und Invest- und Deinvestments umzusetzen sein.

3.2. Beteiligungsportfolio

Das Beteiligungsportfolio ist relativ klar strukturiert, die VKW ist an 23 Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt; die Risiken sind kalkulierbar, unwirtschaftliche Investitionen konnten bis dato vermieden werden.

Situation

Die Beteiligungen werden von der VKW in vier Beteiligungsgruppen zusammengefasst:

- Abfallwirtschaft und Umwelttechnik (6 Beteiligungen)
- Biomasse und Gas (7 Beteiligungen)
- Telekommunikation (4 Beteiligungen)
- Sonstige (6 Beteiligungen)

Eine weitere Beteiligung wird in der Beteiligungsgruppe „Sonstige“ durch Gründung eines Unternehmens der Informationstechnologie vorbereitet.



- Hubert Häusle GmbH In der Beteiligungsgruppe Abfallwirtschaft und Umwelttechnik wurden am 13. Juli 1998 die Anteile der Hubert Häusle GmbH zu 100 Prozent durch die VKW von der bis dahin Alleingesellschafterin Lobbe MTU GmbH zum Preis von ATS 2,375 Mio. erworben. Das Stammkapital beträgt ATS 1,0 Mio. Gegenstand des Unternehmens ist unter anderem der Betrieb von Entsorgungsunternehmungen sowie der Handel mit Waren aller Art, insbesondere mit Entsorgungsprodukten. Die Ausschüttungen an die VKW betragen im Jahr 1999 ATS 2,25 Mio.
- Hubert Häusle GmbH & Co KG Außerdem ist die VKW nach Ausscheiden der Lobbe MTU GmbH als weitere Kommanditistin in die Firma Hubert Häusle GmbH & Co. KG. eingetreten. Die Kommanditeinlage beträgt ATS 150,0 Mio. und die Anschaffungskosten betragen ATS 248,8 Mio. Somit hält die VKW diese Anteile zu 100 Prozent. Gegenstand dieses Unternehmens ist der Betrieb von Entsorgungsunternehmen sowie der Handel mit Waren aller Art, insbesondere mit Entsorgungsprodukten. Die Gesellschaft ist berechtigt, weitere gleichartige Unternehmen zu übernehmen, solche zu pachten und sich an derartigen Unternehmen zu beteiligen sowie derartige Tochtergesellschaften zu errichten, zu erwerben und zu besitzen. Die Ausschüttungen an die VKW betragen im Jahr 1999 ATS 7,75 Mio.
- Bioabfallverwertungsgesellschaft mbH An der Vorarlberger Bioabfallverwertungsgesellschaft mbH ist die VKW mit 30 Prozent und die Firma Hubert Häusle GmbH & Co. KG. mit 70 Prozent beteiligt. Das Stammkapital von insgesamt ATS 0,5 Mio. entfällt mit ATS 150.000,-- auf die VKW und mit ATS 350.000,-- auf die Firma Hubert Häusle GmbH & Co. KG. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Bioabfallverwertungsanlagen, unter anderem zur Behandlung von biogenen Abfällen aus der getrennten Sammlung für sämtliche Gemeinden Vorarlbergs sowie die Abgabe von Wärme, Strom und Gas an Dritte. In den Jahren 1997 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.
- „VKW“- Häusle GmbH und GmbH & Co KG An den Firmen „VKW“-Häusle GmbH und „VKW“-Häusle GmbH & Co ist die VKW jeweils mit 49 Prozent und die Firma Hubert Häusle GmbH & Co. KG. jeweils mit 51 Prozent beteiligt. Vom gesamten Stammkapital der „VKW“-Häusle GmbH in der Höhe von ATS 0,5 Mio. entfallen ATS 245.000,-- auf die VKW und ATS 255.000,-- auf die Firma Hubert Häusle GmbH & Co. KG. Von den Kommanditeinlagen der „VKW“-Häusle GmbH & Co in der Höhe von ATS 1,0 Mio. entfallen ATS 490.000,-- auf die VKW und ATS 510.000,-- auf die Firma Hubert Häusle GmbH & Co KG.
- Gegenstand der „VKW“-Häusle Firmen ist die Errichtung und der Betrieb von Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen zur Nutzung von Bio- und Deponiegas sowie die Abgabe von Strom, Wärme und Gas an Dritte. In den Jahren 1997 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.



- Häusle & Hofer Die Hubert Häusle GmbH & Co KG ist zu 50 Prozent an der Firma Häusle & Hofer Entsorgungs- und Verwertungs GmbH beteiligt. Vom gesamten Stammkapital in Höhe von ATS 0,5 Mio. entfallen ATS 250.000,-- auf die Hubert Häusle GmbH & Co KG.
- Kurt Helbock GmbH An der Firma Kurt Helbock GmbH ist die Hubert Häusle GmbH & Co KG mit einem Anteil von 24 Prozent beteiligt. Das Stammkapital beträgt ATS 0,5 Mio., auf die Firma Hubert Häusle GmbH & Co KG entfallen ATS 120.000,--.
- VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH An der Firma VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH ist die VKW mit 100 Prozent beteiligt. Die Anschaffungskosten betragen ATS 15,82 Mio. und das Stammkapital beträgt ATS 8,0 Mio. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, die Produktion und der Vertrieb von Maschinen und Anlagen aller Art sowie der Betrieb von Anlagen, insbesondere auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft. Der Firmenwortlaut wurde im Jahr 1999 von „VKW“ – Vogel & Müller GmbH auf „VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH“ abgeändert, da die Gesellschafter Ing. Werner Vogel und Ing. Peter Müller im Jahr 1998 ihre Stammeinlagen an die VKW, welche seitdem Alleingesellschafterin ist, veräußert haben. In den Jahren 1997 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt. Die Anschaffungskosten wurden im Jahr 1999 zu 100 Prozent wertberichtigt.
- Vorarlberger Erdgas GmbH In der Beteiligungsgruppe Biomasse und Gas ist die VKW mit einer Stammeinlage von ATS 24.158.877,--, das sind 18,04 Prozent, an der „VEG“ Vorarlberger Erdgas GmbH beteiligt. Das Gesamt-Stammkapital beträgt ATS 133.881.993,-- und die Anschaffungskosten betragen ATS 68.274.171,--. Gegenstand der „VEG“ ist die Beschaffung, der Transport und die Verteilung von Kohlenwasserstoffen sowie die Errichtung und der Betrieb aller dazu notwendigen Anlagen, weiters die Ausübung sämtlicher Dienstleistungen und Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem vorstehenden Unternehmenszweck, als auch die Planung und Ausführung von Gas- und Wasserleitungsinstallationen sowie von Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlageinstallationen im Land Vorarlberg. Die Ausschüttungen an die VKW betragen in den Jahren 1997 bis 1999 jeweils ATS 4.831.775,--.
- VKW Kaufmann GmbH und GmbH & Co KG An der VKW-Kaufmann GmbH, Reuthe, ist die VKW mit 49 Prozent und die Firma Kaufmann Holzbauwerk GmbH mit 51 Prozent beteiligt. Das Gesamt-Stammkapital in der Höhe von ATS 0,5 Mio. entfällt auf die VKW mit ATS 245.000,--.
- Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der persönlichen Haftung und die Ausübung der Geschäftsführung in der Firma VKW-Kaufmann GmbH & Co.



- VKW Kaufmann GmbH und GmbH & Co KG An der Kommanditgesellschaft VKW-Kaufmann GmbH & Co KG, Reuthe, ist die VKW ebenfalls mit 49 Prozent und die Firma Kaufmann Holzbauwerk GmbH mit 51 Prozent beteiligt. Von den Gesamtkommanditeinlagen in der Höhe von ATS 9,0 Mio. entfallen ATS 4,41 Mio. auf die VKW. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb einer Kraft-Wärme-Koppelungsanlage sowie die Abgabe von Wärme und Strom an Dritte. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die VKW-Kaufmann GmbH. Sie ist lediglich Arbeitsgesellschafterin, leistet keine Kapitaleinlage und nimmt am Verlust und Gewinn nicht teil. In den Jahren 1995 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.
- Biomasse Heizwerk Egg Am Genossenschaftskapital des Biomasse Heizwerkes Egg reg.Gen.m.b.H. ist die VKW mit fünf Geschäftsanteilen zu je ATS 10.000,--, das sind 2,27 Prozent, beteiligt. Weiters wurde der Gesellschaft im Jahr 1996 ein partiarisches Darlehen in Höhe von ATS 1,95 Mio. gewährt, welches unter Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen ist. Das Gesamt-Genossenschaftskapital beträgt ATS 2,2 Mio. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Lieferung von Wärme aus Biomasse. In den Jahren 1995 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.
- Biomasse Heizwerk Hittisau Am Genossenschaftskapital des Biomasse Heizwerkes Hittisau reg.Gen.m.b.H. ist die VKW mit 80 Geschäftsanteilen zu je ATS 25.000,-- das sind 40 Prozent, beteiligt. Das Gesamt-Genossenschaftskapital beträgt ATS 5,0 Mio. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung und Lieferung von Fernwärme aus Biomasse. In den Jahren 1998 und 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.
- Biomasse Heizwerk Lech GmbH und GmbH & Co KG An der Gesellschaft Biomasse-Heizwerk Lech GmbH ist die VKW mit 26 Prozent und die Gemeinde Lech mit 74 Prozent beteiligt. Vom Gesamt-Stammkapital in der Höhe von ATS 0,5 Mio. entfallen somit ATS 130.000,-- auf die VKW. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Heizwerkes auf der Basis von Biomasse sowie die Abgabe von Wärme an Dritte und der Handel mit Brennstoffen, die den Betrieb eines Heizwerkes ermöglichen. Die Stammeinlage von ATS 130.000,-- wurde von der VKW zur Hälfte einbezahlt. Der noch offene Rest ist unter Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen.
- Am Kommanditkapital des Biomasse-Heizwerkes Lech GmbH & Co KG ist die VKW mit 25,98 Prozent beteiligt. Die von den Gesamtkommanditeinlagen in der Höhe von ATS 18,86 Mio. auf die VKW entfallende Einlage in Höhe von ATS 4,9 Mio. wurde voll einbezahlt. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Heizwerkes auf der Basis von Biomasse sowie die Abgabe von Wärme an Dritte, insbesondere im Gemeindegebiet Lech.
- Im Jahr 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.



Biomasse Heizwerk Mellau GmbH und GmbH & Co KG

An der Gesellschaft Biomasse Heizwerk Mellau GmbH ist die VKW mit 42 Prozent beteiligt. Die vom Gesamt-Stammkapital in der Höhe von ATS 0,5 Mio. entfallende Einlage in der Höhe von ATS 210.000,-- wurde von der VKW einbezahlt. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Fernwärmeheizkraftwerkes sowie die Abgabe von Wärme an Dritte.

Am Gesamt-Kommanditkapital des Biomasse-Heizwerkes Mellau GmbH & Co in der Höhe von ATS 5,0 Mio. ist die VKW mit ATS 2,1 Mio., das sind 42 Prozent, beteiligt. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines Fernwärmeheizkraftwerkes sowie die Abgabe von Wärme an Dritte. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die Biomasse Heizwerk Mellau GmbH. Sie ist lediglich Arbeitsgesellschafterin, leistet keine Kapitaleinlage und nimmt am Verlust und Gewinn nicht teil.

Im Jahr 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.

Biomasse Heizwerk Gaschurn GmbH und GmbH & Co KG

Das Biomasse Heizwerk Gaschurn ist in Gründung. Geplant ist eine Beteiligung der VKW in Höhe von 26 Prozent an der GmbH und mit 26 Prozent an der GmbH & Co KG. Vom geplanten Stammkapital der GmbH in Höhe von ATS 481.610,50 entfallen ATS 125.218,73 auf die VKW. Die geplante Kommanditeinlage soll ATS 9,0 Mio. betragen, der Anteil der VKW beläuft sich auf ATS 2,34 Mio.

Vereinigte Telekom Österreich Beteiligungs Ges.m.b.H.

In der Beteiligungsgruppe Telekommunikation ist die VKW an der Vereinigten Telekom Österreich Beteiligungs Ges.m.b.H. (VTÖB) mit ATS 1,25 Mio. vom Gesamt-Stammkapital in der Höhe von ATS 24,0 Mio., das sind 5,2083 Prozent, beteiligt. Laut Gesellschaftsvertrag besteht eine Nachschussverpflichtung bis zum 60fachen der übernommenen Stammeinlage. Durch einen Gesellschafterbeschluss kann bestimmt werden, dass zur Gänze oder teilweise anstelle der vereinbarten Nachschüsse von den Gesellschaftern Darlehen an die Gesellschaft selbst und/oder an deren Beteiligungsgesellschaften zu leisten sind. Die VKW leistete bisher Einzahlungen in der Höhe von ATS 44,34 Mio. an die Gesellschaft.

In der Generalversammlung der VTÖB vom 5. April 2000 wurde die Ausschüttung des gesamten Bilanzgewinnes 1999 in Höhe von ATS 1,1 Mrd. beschlossen, der Anteil der VKW beträgt abzüglich der Gewinnrücklage von ATS 3,7 Mio. rund ATS 55,8 Mio. Dieser Gewinn ist auf einen außerordentlichen Veräußerungserlös der Anteile an der max.mobil zurückzuführen.

UTA Telecom AG

Die VKW ist an der VTÖB mit 5,2 % und somit an der operativen Tochter UTA Telecom AG beteiligt. Das aushaftende Darlehen der VKW als atypischer stiller Gesellschafter in Höhe von ATS 19.968.750,-- ist zur Gänze wertberichtigt.



- Vorarlberger Telekommunikations-GmbH
An der Vorarlberger Telekommunikations-GmbH, Bregenz, ist die VKW mit 33,3 Prozent, das Land Vorarlberg mit 51 Prozent und die Vorarlberger Illwerke AG mit 15,7 Prozent beteiligt. Von der Gesamt-Stammeinlage in der Höhe von ATS 2,0 Mio. entfallen somit ATS 666.000,- auf die VKW. Der Beteiligungsansatz wurde im Jahr 1998 auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Die VKW leistete bisher Einzahlungen in der Höhe von ATS 5.328.667,--.
- In den Jahren 1995 bis 1999 sind keine Ausschüttungen an die VKW erfolgt.
- Lindenberger Telekommunikations-GmbH
Am Gesamt-Stammkapital der Lindenberger Telekommunikations-GmbH in der Höhe von DEM 50.000,-- ist die VKW zu 100 Prozent beteiligt. Im Jahr 1999 wurde eine weitere Eigenmittelzufuhr in Höhe von DEM 100.000,-- in Form eines Gesellschafterzuschusses gewährt. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Aufbau und der Betrieb von Kommunikationseinheiten zur Sprachen-, Daten- und Bildübertragung sowie das Angebot von auf diesen Netzen aufbauenden Telekommunikationsdienstleistungen. Lizenzgebiet sind 13 Gemeinden des Landkreises Lindau (Bodensee).
- Allgäuer Elektrizitäts-Gesellschaft m.b.H.
Sonstige Beteiligungen hält die VKW an der Allgäuer Elektrizitäts-Gesellschaft m.b.H. mit 78,57 Prozent. Die restlichen 21,43 Prozent hält die Stadt Lindenberg. Vom Gesamt-Stammkapital in der Höhe von DEM 70.000,-- entfallen auf die VKW DEM 55.000,-- und auf die Stadt Lindenberg DEM 15.000,--. Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erwerbung, Pachtung und der Betrieb von Anlagen aller Art, welche der Erzeugung, Übertragung und Verwendung von elektrischer Energie dienen, ferner die geschäftliche Beteiligung an Unternehmen, welche die vorgenannten Zwecke haben oder die Verwertung und Nutzbarmachung elektrischer Energie fördern. Die Ausschüttungen an die VKW betragen im Jahr 1997 ATS 17.794,-- , im Jahr 1998 ATS 23.562,-- und im Jahr 1999 ATS 33.946,43.
- Studienkonsortium Bregenz
Am Gesamt-Gesellschaftskapital des Studienkonsortiums Bregenz in der Höhe von ATS 2,3 Mio. ist die VKW mit ATS 1,15 Mio., das sind 50 Prozent, beteiligt. Die Stammeinlage ist zu 100 Prozent abgeschrieben.
- Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH
Am Gemeinschaftskraftwerk Tullnerfeld GmbH ist die VKW mit 1,67 Prozent beteiligt. Die übernommene Stammeinlage von ATS 5,0 Mio. ist auf den Erinnerungswert abgeschrieben. Das Gesamt-Stammkapital beträgt ATS 300,0 Mio.
- Gemeinschaftskraftwerk Stein GmbH
Am Gemeinschaftskraftwerk Stein GmbH (GKS) ist die VKW mit einer Stammeinlage in Höhe von ATS 40.000,--, das sind 6,1 Prozent, beteiligt. Das Gesamt-Stammkapital beträgt ATS 656.000,--. Zweck der Gesellschaft ist die Verwaltung der der Gesellschaft gehörenden Grundstücke in Stein.



Gemeinschaftskraftwerk Stein GmbH Die Ausschüttungen an die VKW betragen im Jahr 1997 ATS 12.052,--, im Jahr 1998 ATS 16.600,-- und im Jahr 1999 ATS 18.116,--.

EGE- Einkaufsgenossenschaft österr. Elektrizitätswerke reg.Gen.m.b.H. Am Genossenschaftskapital der EGE – Einkaufsgenossenschaft österreichischer Elektrizitätswerke reg.Gen.m.b.H. ist die VKW mit sieben Geschäftsanteilen zu je ATS 3.000,-- beteiligt. Das Gesamt-Genossenschaftskapital beträgt ATS 798.000,-- und die Anschaffungskosten betragen ATS 19.200,--.

Gegenstand des Unternehmens ist die Vermittlung besserer Bezugsbedingungen für Materialien und Ersatzteile.

HEITEC Austria Systeme GmbH Am Stammkapital der HEITEC AUSTRIA Systeme GmbH ist die VKW mit ATS 125.218,73, das sind 26 Prozent, beteiligt. Das Gesamt-Stammkapital beträgt ATS 481.610,50. Insgesamt hat die VKW Zahlungen in der Höhe von ATS 626.093,65 an die Gesellschaft geleistet, davon Nachschüsse in Höhe von ATS 500.874,92. Gegenstand des Unternehmens ist die Erstellung und der Vertrieb von Lösungen in der Informationstechnologie und Automatisierungstechnik, insbesondere die Entwicklung und Fertigung von Software und Elektronik sowie die Planung, Entwicklung, Konstruktion und Vertrieb von Geräten, Maschinen und Anlagen im Bereich Elektrotechnik, Maschinen- und Anlagenbau.

Bewertung

Zum Kerngeschäft der VKW zählt die Übertragung und Verteilung von elektrischer Energie. Die Beteiligungen in diesem Geschäftsfeld sind von untergeordneter Bedeutung. Das Risiko ist auf Grund des geringen Investments in Höhe von rund ATS 6,6 Mio. gering.

In der Beteiligungsgruppe Abfallwirtschaft und Umwelttechnik wurden rund ATS 252,0 Mio. in die Akquisition der Häusle-Gruppe investiert. Die finanz- und ertragswirtschaftlichen Kennzahlen dieser Beteiligungsgruppe stellen sich in den vergangenen zwei Jahren positiv dar. Aus Sicht des Landes-Rechnungshofes ist jedoch festzuhalten, dass die Rückflüsse bzw. die Ergebnisse eine – im Verhältnis zum Risiko – deutlich zu geringe Verzinsung aufweisen. Während im Jahr 1998 eine rund 4-prozentige Verzinsung des Kaufpreises erzielt wurde, sank diese im Jahr 1999 auf unter 2 Prozent. Als Grund dafür wird vom Vorstand der VKW die Übernahme und Verschmelzung mit der Firma BHS angeführt.

Weiters besitzt die VKW eine 100 Prozent-Beteiligung an der VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH. Auf Grund des negativen Ertragspotentials und der hohen Abhängigkeit von Großprojekten ist das Risiko in diesem Investment als hoch einzustufen.

In der Beteiligungsgruppe Biomasse und Erdgas ist die VKW an der VEG, der VKW-Kaufmann-Gruppe und an diversen Biomasse-Heizwerken beteiligt und hat bis dato rund ATS 83,0 Mio. investiert.



Bewertung

Die Verzinsung des Investments bei der VEG erfolgte in den letzten Jahren kontinuierlich mit rund 7 Prozent der Anschaffungskosten in Höhe von ATS 68,3 Mio.

Auf Grund der negativen Ertragssituation der VKW-Kaufmann-Gruppe wurden in der Vergangenheit keine Erträge aus dieser Beteiligung erzielt. Auch in Zukunft scheint keine Verzinsung des Investments möglich, ein allfälliges Zuschusspotential ist zu beachten.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Ertragsaussichten, aber auch das Risiko im Beteiligungsbereich Biomasse als gering einzuschätzen sind. Auf Grund der Nähe zum Kerngeschäft der VKW und unter einem politisch-ökologischen Blickpunkt war jedoch ein Engagement sinnvoll. In Folge der Liberalisierung haben sich auch die Rahmenbedingungen im Gasgeschäft der VEG verändert, tendenziell könnte dies zu einer Erhöhung des Risikos und zu einer Reduktion der Verzinsung des Investments führen. Auf eine nähere Verschränkung von Strom und Gas wurde bereits hingewiesen.

Das Investment in die Beteiligungsgruppe Telekom betrug rund ATS 47,0 Mio., davon wurden rund 46,0 Mio. in die VTÖB und deren Tochter UTA investiert. In den vergangenen Jahren konnten aus diesen Beteiligungen keine Erträge erzielt werden, da die Gesellschaften überwiegend in der Startphase waren. Zu erwähnen ist jedoch das laufende Nutzungsentgelt der UTA für die im Eigentum der VKW befindlichen Telekom-Anlagen. Durch die am 5. April 2000 beschlossene Ausschüttung der VTÖB in Höhe von ATS 55,8 Mio. an die VKW haben die Rückflüsse aus diesem Beteiligungsbereich das Investment bereits übertroffen. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld erscheinen auch künftig eher gering.

Das Investment in die Firma HEITEC Austria Systeme GmbH ist von untergeordneter Bedeutung.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt eine Abstimmung des Engagements in den einzelnen Beteiligungsgruppen mit den Beteiligungsbereichen des Landes Vorarlberg und der VIW. Eine Bündelung sämtlicher diesbezüglicher Aktivitäten wird ebenfalls empfohlen.

3.3. Beteiligungscontrolling

Die Geschäftsrisiken der von der VKW als wesentlich definierten Beteiligungen werden von Vorstand und Aufsichtsrat auf einem hohen Niveau überwacht; die Renditen aus den Beteiligungen sind jedoch relativ gering.

Situation

Das Beteiligungscontrolling der VKW ist auf die Steuerung der Beteiligungen nach strategischen und operativen Gesichtspunkten ausgerichtet. Schwerpunkt des Beteiligungscontrollings ist die Ergebnis- und Risikosteuerung der Beteiligungen durch den Vorstand und den Aufsichtsrat.



Situation

Weiters wurde vom Vorstand jährlich ein Beteiligungsbericht erstellt und dieser dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gebracht.

Die Intensität und der Gestaltungsspielraum für das Beteiligungscontrolling ist abhängig vom Ausmaß der Beteiligung. Das zentrale Beteiligungscontrolling baut im wesentlichen auf dem Controlling der einzelnen Beteiligungsunternehmen auf.

Strategiekonzepte, Businesspläne, Budgets, Vorscheurechnungen und Quartalsberichte sind die wichtigsten Controllinginstrumente in der VKW und in den verbundenen Unternehmen.

Ergebnissteuerung

Die VKW hat für einzelne Beteiligungen klare Ergebnisziele definiert. Für die Biomasse-Heizwerke Lech und Gaschurn und für die Häusle-Gruppe wurde eine 4-prozentige Verzinsung des eingesetzten Kapitals bzw. des Kaufpreises festgelegt.

Speziell bei den Biomasse-Heizwerken wurden neben Ergebniszielen auch Kosten- und Marktziele, wie zB Sicherstellung einer möglichst kostengünstigen Abwicklung, Reduktion der Instandhaltung und Wartung, Steigerung der Anschlüsse etc., mit dem Management vereinbart.

Risikosteuerung

Auf Grund des Beteiligungsanteils, der Höhe des investierten Kapitals oder der Geschäftsrisiken erfolgt die Steuerung der Risiken mit unterschiedlicher Intensität. Die Beteiligungen mit den größten Geschäftsrisiken sind die Häusle Gruppe sowie die VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH, dementsprechend intensiv ist auch die Überwachung der Risiken.

Bei der Häusle Gruppe wurde ein Aufsichtsrat eingerichtet, der sich aus den Mitgliedern des Aufsichtsratsausschusses der VKW, dem Vorstand der VKW und dem Betriebsrat der Hubert Häusle GmbH & Co KG zusammensetzt. Der Aufsichtsrat befasst sich laufend mit der strategischen Ausrichtung, dem Budget sowie den Quartalsberichten und erteilt Aufträge für Projekte, wie zB Reduktion des zu deponierenden Restmüllvolumens zur Senkung der Deponieabgaben.

Die Risikosteuerung der VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH erfolgt durch den Vorstand und den Aufsichtsrat der VKW. Weiters ist ein leitender Mitarbeiter der VKW in die Geschäftsführung eingebunden. Aus Sicht der VKW sind die Risiken auf Grund der Größe des Unternehmens begrenzt. Weiters werden die Projektrisiken laufend durch den Wirtschaftsprüfer im Zuge der Abschlussprüfung bewertet.

Sämtliche Beteiligungen, die im Sinne des HGB als verbundene Unternehmen zu bewerten sind, wurden durch einen Wirtschaftsprüfer geprüft.



Beteiligungsbericht Der Vorstand der VKW erstellt jährlich einen Beteiligungsbericht. Inhalte des Beteiligungsberichtes sind der Beteiligungsspiegel, Daten der Unternehmensentwicklung sowie die Bilanzen der wesentlichen Beteiligungen. Als wesentliche Beteiligungen werden die Unternehmen der Häusle Gruppe, die VKW Anlagenbau und Umwelttechnik, die Vorarlberger Bioabfallverwertungs-GmbH sowie die Allgäuer Elektrizitäts-Gesellschaft m.b.H. aufgeführt.

Der Beteiligungsspiegel gibt einen Überblick über sämtliche Beteiligungen und informiert über Kapitalanteile, Nachschüsse, Wertberichtigungen etc.

Für die wesentlichen Beteiligungen werden Übersichtsdaten wie Gesellschaftsdaten, das Beteiligungsverhältnis der VKW sowie die Entwicklung der Eckwerte der Finanz- und Ertragslage der letzten Jahre dargestellt. Weiters finden sich im Beteiligungsbericht die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen sowie die Prüfvermerke der Wirtschaftsprüfer für die wesentlichen Beteiligungen.

Bewertung

Der Landes-Rechnungshof beurteilt die Vorgabe von Ergebniszielen und die Kontrolle der Zielerreichung durch den Vorstand bei einzelnen Beteiligungen als positiv. Eine generelle Verzinsung des eingesetzten Kapitals in Höhe von 4 Prozent liegt deutlich unter der Mindestrendite für Beteiligungen in Höhe der Sekundärmarktrendite Bund (6 bis 7 Prozent) und berücksichtigt aus Sicht des Landes-Rechnungshofes die jeweiligen Risiken in den Beteiligungen zu wenig.

Die Risikosteuerung der Beteiligungen erfolgt generell über die Einbindung des Vorstandes in strategische und operative Entscheidungen, durch die Überwachung der Aufsichtsräte sowie durch die Prüfung der wesentlichen Beteiligungen durch einen Wirtschaftsprüfer.

Der Vorstand überwacht in einem hohen Maß die operativen Geschäfte der verbundenen Unternehmen. Dadurch können einzelne Geschäftsrisiken vom Vorstand rasch erkannt und gegebenenfalls konkrete Maßnahmen eingeleitet werden. Durch den Einsatz einer Balanced Scorecard könnte die Transparenz für den Vorstand hinsichtlich der gesamten Geschäftsentwicklung der wesentlichen Beteiligungen noch erhöht werden.

Der Landes-Rechnungshof anerkennt die intensive Überwachungsfunktion des Aufsichtsrates der VKW. Der Aufsichtsrat wurde in allen Aufsichtsratssitzungen über wichtige Ereignisse bei den Beteiligungsunternehmen informiert und hat entsprechende Beschlüsse gefasst.



Bewertung

Der Beteiligungsbericht gibt einen Überblick über die Entwicklung der Eckwerte der wesentlichen Beteiligungen. Aus Sicht des Landes-Rechnungshofes würde die Transparenz über den Geschäftserfolg der Beteiligungen durch einen Soll/Ist-Vergleich einzelner Eckwerte wie Umsatz und Jahresüberschuss erhöht. Planabweichungen sollten kurz erläutert werden.

Empfehlungen

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt eine längerfristige Erhöhung der Vorgaben für die Verzinsung der Beteiligungsinvestitionen - auf eine Beteiligungsrendite in Höhe der Sekundärmarktrendite - zu prüfen und Risikozuschläge stärker zu berücksichtigen.

Bei den wesentlichen Beteiligungen – insbesondere bei der Häusle Gruppe und der VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH - sollte der Einsatz einer Balanced Scorecard als Controllinginstrument geprüft werden.

Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof den Beteiligungsbericht durch Soll/Ist-Vergleiche für die wichtigsten Umsatz- und Ergebnisdaten zu ergänzen, um dadurch die Transparenz zwischen dem geplanten und dem realisierten Ergebnis für den Aufsichtsrat zu gewährleisten.

3.4. Stellungnahme des Vorstandes

Den Empfehlungen des Rechnungshofes, das Engagement in den einzelnen Beteiligungsgruppen mit den Beteiligungsbereichen des Landes Vorarlberg und der VIW abzustimmen, wurde in der Vergangenheit schon weitgehend entsprochen. So wurde zwischen VIW und VKW abgestimmt, dass die VKW die Bereiche Telekom, Abfallwirtschaft und Biomasse abdeckt, während die VIW die Themen Wasser und "Hightech" (ELB) verfolgt. Darüber hinaus wurden angestrebte Akquisitionen der VKW mit dem Hauptaktionär abgeklärt.

Der Empfehlung des Rechnungshofes, die Vorgabe für die Verzinsung der Beteiligungsinvestitionen auf die Sekundärmarktrendite abzustimmen und Risikozuschläge stärker zu berücksichtigen, hält der Vorstand entgegen, dass die Verzinsung des eingesetzten Kapitals bei der Firma Häusle unter strategischen Gesichtspunkten zu sehen ist. Der Vorstand wird jedoch mit der Geschäftsführung von Häusle alle sich ergebenden Möglichkeiten zur Verbesserung der Ertragssituation prüfen, was auch neue Investitionen und allfällige weitere Beteiligungen einschließt.

Die Empfehlung des Landesrechnungshofes hinsichtlich des Einsatzes einer Balanced Scorecard bei den wesentlichen Beteiligungen wird grundsätzlich positiv gesehen und eine mögliche Einführung geprüft. Der angeregten Ergänzung des Beteiligungsberichtes um einen Soll/Ist-Vergleich für die wichtigsten Umsatz- und Ergebnisdaten wird künftig nachgekommen.

4. Beteiligung an der Häusle-Gruppe

Da die Häusle-Gruppe ein „Schlüsselunternehmen“ für die Weiterentwicklung der VKW im Geschäftsfeld „Abfallwirtschaft und Umwelttechnik“ ist, hat der Vorstand die Initiative für einen Beteiligungserwerb übernommen. Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat im Juni 1998 über die Absicht des Beteiligungserwerbes an der Häusle-Gruppe und hat mit dessen Zustimmung konkrete Vertragsverhandlungen mit der Firma Lobbe MTU GmbH, Kirchberg im Tirol aufgenommen. Die Vertragsverhandlungen wurden unter strengster Verschwiegenheit durchgeführt und im Juli 1998 zu einem konkreten Ergebnis gebracht. Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 29. Juli 1998 dem Erwerb der Häusle Gruppe zugestimmt.

Mit der Unterzeichnung des Abschichtungsvertrages vom 3. August 1998 hat die VKW die Hubert Häusle GmbH & Co KG mit deren Beteiligungen von der Firma Lobbe MTU GmbH, Kirchberg im Tirol, übernommen.

Der Kaufpreis betrug ATS 242,5 Mio. und beinhaltete:

- 100 Prozent Anteil an der Hubert Häusle GmbH & Co KG, Lustenau
- 100 Prozent Anteil an der Hubert Häusle GmbH (Arbeitsgesellschafterin), Dornbirn
- 70 Prozent Anteil an der Vorarlberger Bioabfallverwertungs-GmbH, Dornbirn
- 50 Prozent Anteil an der Häusle & Hofer Entsorgungs- und Verwertungs GmbH, Dornbirn
- 51 Prozent Anteil an der „VKW“-Häusle GmbH, Dornbirn
- 51 Prozent Anteil an der „VKW“-Häusle GmbH & Co KG, Dornbirn
- 24 Prozent Anteil an der Kurt Helbock GmbH, Lustenau

Auf Grund bestehender Beteiligungen wurde die VKW durch diesen Kauf zum Alleineigentümer der Hubert Häusle GmbH sowie der GmbH & Co KG, der Vorarlberger Bioabfallverwertungs-GmbH und der „VKW“-Häusle GmbH sowie der GmbH & Co KG.

Als Basis für die Vereinbarung des Kaufpreises wurde eine Unternehmensbewertung der Häusle Gruppe durchgeführt. Anschließend erfolgte die technische, wirtschaftliche und rechtliche Überprüfung der Geschäftsgrundlagen (Due Diligence) und die Abwicklung des Kaufes über einen Treuhänder.



4.1. Unternehmensbewertung

Durch die getroffenen Annahmen hat der beauftragte Gutachter die Unternehmensgruppe relativ hoch bewertet, Korrekturen der VKW haben zwar zu reduzierten Unternehmenswerten geführt, künftig sollte aber bei hohen Investments ein Zweitgutachter bestellt werden.

Situation

Die Vertragspartner VKW und Lobbe haben sich darauf geeinigt, einen Gutachter mit der Ermittlung eines Arbitriumwertes zu beauftragen. Die Bewertung sollte als Basis für die Festlegung eines Verkaufs- bzw. Kaufpreises dienen. Der Wirtschaftstreuhänder Bertl & Partner, Graz, wurde vom Geschäftsführer der Firma Lobbe Mag Thomas Häusle als Gutachter vorgeschlagen und vom Vorstand der VKW akzeptiert.

Der Rechtsberater der VKW hat daraufhin am 22. April 1998 den Wirtschaftstreuhänder Bertl & Partner beauftragt, den Unternehmenswert der Hubert Häusle GmbH & Co KG nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Unternehmensbewertung zum 1. Jänner 1998 festzustellen.

Gutachten Bertl & Partner

Der Gutachter führte die Unternehmensbewertung nach dem Discounted Cash-flow-Verfahren (DCF-Verfahren) durch. Beim DCF-Verfahren handelt es sich um einen Unternehmensbewertungsansatz, der ausschließlich die künftig zu erzielenden Erträge (Ertragswert) bewertet und diese auf einen Stichtag abzinst. Die bestehenden Sachwerte wie Grundstücke und Gebäude (Substanzwert), werden nicht berücksichtigt. Die Wertfeststellung im DCF-Verfahren beruht daher auf drei Bewertungsprämissen:

- Annahmen über den nachhaltigen Zukunftserfolg
- Wahl des Kapitalisierungszinssatzes
- Festlegung der Nachhaltigkeitsdauer

Zukunftserfolg

Im Rahmen der Planung der Zukunftserfolge wurden unternehmensinterne und –externe Beeinflussungsfaktoren berücksichtigt und der jährlich erzielbare Cash-flow berechnet.

Um den Zukunftserfolg zu ermitteln hat der Gutachter Annahmen über die Entwicklung der rechtlichen, wirtschaftlichen sowie technologischen Rahmenbedingungen getroffen und sich mit der verfolgten Geschäftspolitik - als interner Beeinflussungsfaktor – auseinandergesetzt. Die Aufgabe des Gutachters war es, auf dem Informationsstand des Jahres 1998 Preis/Mengen-Relationen für die Folgejahre bis zum Jahr 2018 zu bewerten, um künftige Ertrags- und Aufwandspositionen zu schätzen und den jährlichen Cash-flow für die Diskontierung ermitteln zu können.



Kapitalisierungs- zinssatz	<p>Die Zukunftserfolge wurden mit einem realen Kapitalisierungszinssatz abgezinst. Ausgehend von der durchschnittlichen Sekundärmarktrendite der letzten zehn Jahre in der Höhe von 6,7 Prozent wurden das allgemeine Unternehmensrisiko sowie das Mobilitätsrisiko berücksichtigt.</p> <p>Der Gutachter hat einen realen Kapitalisierungszinssatz von 5,32 Prozent für die Phase I (Verfüllungsdauer der Deponie) und von 8,52 Prozent für die Phase II (ewige Rente nach Verfüllung) angesetzt.</p>
Nachhaltigkeitsdauer	<p>Bei der Bestimmung der Nachhaltigkeitsdauer wird das vorhandene bzw. künftig zur Verfügung stehende Verfüllungsvolumen der Deponie bewertet. Dabei wurden gesetzliche Regelungen, die den Deponiebetrieb möglicherweise einschränken ebenso berücksichtigt, wie das österreichweite und regionale Müllaufkommen. Die Nachhaltigkeitsdauer wurde in die zwei oben genannten Phasen eingeteilt. Bei den Beteiligungsunternehmen erfolgte eine Detailplanung (Phase I) lediglich bis zum Jahr 2008, danach kam die ewige Rente (Phase II) zum Ansatz.</p> <p>Die Nachhaltigkeitsdauer wurde inklusive des genehmigten weiteren Bauabschnittes bis zum Jahr 2015 angesetzt.</p>
Unternehmenswert	<p>Der Unternehmensbewertung wurden zwei Szenarien zugrundegelegt, die unterschiedliche Verwertungsmöglichkeiten auf Basis des Abfallwirtschaftsgesetzes ab dem Jahr 2009 berücksichtigten. Szenario I ging davon aus, dass die Grenzwerte ab dem Jahr 2009 durch den Einsatz einer mechanisch-biologischen Vorbehandlung in Form einer Spezialrotte eingehalten werden können. Szenario II sah die Erreichung der festgelegten Grenzwerte durch die Müllverbrennung durch Dritte vor. Auf Basis dieser Szenarien hat der Gutachter zwei Unternehmenswerte ermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none">- Szenario I: ATS 320,6 Mio- Szenario II: ATS 268,8 Mio.
Unternehmenswert	<p>Die Unternehmenswerte sind als anteilige Werte zu verstehen, die berücksichtigen, dass die Häusle-Gruppe nicht Alleineigentümer der Vorarlberg Bioabfall GmbH, der Häusle & Hofer Entsorgungs- und Verwertungs-GmbH, der "VKW"-Häusle GmbH und GmbH & Co KG sowie der Kurt Helbock GmbH war.</p> <p>Der Wirtschaftstreuhänder Bertl & Partner hat dieses Gutachten im Mai 1998 fertiggestellt und dem Auftraggeber übergeben.</p>
Korrekturen VKW	<p>Nach Prüfung des Gutachtens durch den Vorstand hat der Rechtsanwalt der VKW den Wirtschaftstreuhänder Bertl & Partner schriftlich um einzelne Korrekturen im Gutachten gebeten. Die Korrekturen resultierten im wesentlichen aus unterschiedlichen Bewertungen.</p>



Korrekturen VKW

So wurden zB die Investitionskosten einer mechanisch/biologischen Anlage von ATS 50,0 auf 80,0 Mio. erhöht, die Personalkapazität für den Betrieb dieser Anlage von 2 auf 4 Personen verdoppelt sowie der Kapitalisierungszinssatz von 5 auf 6 Prozent erhöht.

Auf Basis der gewünschten Korrekturen hat der Gutachter eine Neuberechnung der Unternehmenswerte durchgeführt und mit Schreiben vom 12. Juni 1998 dem Rechtsanwalt der VKW übermittelt. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat am 23. Juni 1998 über die gewünschten Änderungen und die neue Durchrechnung der Unternehmenswerte informiert.

Der Gutachter wies in seinem Schreiben ausdrücklich darauf hin, dass die Änderungen vom Gutachter ungeprüft übernommen wurden. Der so ermittelte Unternehmenswert in Höhe von ATS 268,4 Mio. für Szenario I und ATS 225,1 Mio. für Szenario II sei ausschließlich auf Basis der vom Auftraggeber bekannt gegebenen Änderungswünsche zustande gekommen. Dieser Wert stelle daher keinen neuen Unternehmenswert aus Sicht des Gutachters dar.

Bewertung

Der Gutachter hat seine Aufgabe, einen aus neutraler Sicht objektivierten Unternehmenswert zu ermitteln, im Gutachten klar definiert. Dieser Wert sollte sowohl aus der Sichtweise eines potentiellen Käufers als auch aus der Sichtweise des Verkäufers von Relevanz sein und die Basis für konkrete Verhandlungen darstellen.

Der Gestaltungsspielraum in der Unternehmensbewertung lag aus Sicht des Landes-Rechnungshofes in der Auswahl der Prämissen und in deren Bewertung für die Zukunft, um den gewünschten „objektiven Wert“ zu ermitteln. Der Gutachter hatte auch die Möglichkeit zwischen unterschiedlichen Verfahren zu wählen und war gefordert zum Zeitpunkt der Bewertung über die relevanten Informationen möglichst vollständig zu verfügen.

Der Wirtschaftstreuhand Bertl & Partner hat das DCF-Verfahren für die Unternehmensbewertung der Häusle-Gruppe gewählt. Dieses Verfahren gilt allgemein als theoretisch besonders gut fundiert, modern und geeignet, um einen Arbitriumwert zu ermitteln und die Vertragspartner in ihrer subjektiven Verhandlungsposition zu unterstützen. Die mit Hilfe des DCF-Verfahrens ermittelten Unternehmenswerte gelten in der Praxis vor allen Dingen als „objektiv“. In der Literatur wird aber auch darauf verwiesen, dass das DCF-Verfahren genügend Spielräume bietet, um durch die Prognose von Zukunftserfolgen sowie durch die Wahl des Kapitalisierungszinssatzes den Unternehmenswert in der gewünschten Weise zu beeinflussen.



Bewertung

Die angesprochenen Spielräume hat die VKW durch Korrekturen bei den zugrundeliegenden Prämissen auch genutzt. Der Unternehmenswert wurde dadurch im Szenario I um ATS 52,2 Mio. und im Szenario II um ATS 43,7 Mio. reduziert.

Kritisch beurteilt der Landes-Rechnungshof die Zustimmung der VKW für einen gemeinsamen Gutachter, der zudem noch von Seiten des Verkäufers vorgeschlagen wurde. Aus Sicht des Landes-Rechnungshofes wäre bei der Höhe des Investments ein zweiter, von der VKW bestellter Gutachter von Vorteil gewesen.

Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt beim Beteiligungserwerb, der mit einem entsprechend hohen Investment verbunden ist, die Beauftragung eines Zweitgutachters, um die Verhandlungsposition zu stärken.

4.2. Due Diligence und Kaufpreis

Trotz fixierter Kaufpreisvorstellungen der Firma Lobbe hat der Vorstand der VKW ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt, die Durchführung der Due Diligence sollte künftig noch verbessert werden.

Situation

Der Vorstand hat den Aufsichtsrat in der Sitzung am 23. Juni 1998 darüber informiert, dass auf Grund der vorgenommenen Unternehmensbewertung der Kaufpreis für den Beteiligungserwerb der Häusle-Gruppe im Bereich zwischen ATS 230,0 und ATS 270,0 Mio. liegen werde. Gleichzeitig wurde dem Aufsichtsrat berichtet, dass die Kaufpreisvorstellungen der Firma Lobbe bei ATS 250,0 Mio. für die Hubert Häusle GmbH & Co KG zuzüglich ATS 2,4 Mio. als Abtretungspreis für die Hubert Häusle GmbH liegen.

Der Vorstand führte am 13. Juli 1998 Kaufverhandlungen mit Vertretern der Firma Lobbe. Ein Kaufpreis von ATS 242,5 Mio. für die gesamte Häusle-Gruppe und die Bedingungen für den Verkauf der Firma Lobbe wurden ausverhandelt. Als Gültigkeit für den vereinbarten Kaufpreis fixierten die Vertragspartner den 1. Jänner 1998.

Die Vertragspartner vereinbarten, dass der Abtretungsbetrag binnen vier Wochen nach Vertragsunterfertigung zur Zahlung fällig ist, sofern die Vertragsbedingungen bis zu diesem Zeitpunkt erfüllt werden. Für die Zahlung wurde vereinbart, einen Betrag von rund ATS 190,0 Mio. direkt an die Firma Lobbe und einen Betrag von ATS 50,0 Mio. an den Treuhänder Dr Anton Schertler zu überweisen. Nach der Abwicklung sämtlicher Prüfungen wurde das Treuhandkonto freigegeben.



Situation	<p>Die Kaufabwicklung und die damit erforderlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Prüfungen (Due Diligence) erfolgten seitens der VKW mit externer Unterstützung durch den Wirtschaftsprüfer BDO Tschofen Treuhand Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH, Feldkirch sowie durch die Rechtsanwaltskanzlei Simma & Bechtold, Dornbirn. Die Vorgabe an die Prüfer lautete, die Erwerbsvorgänge möglichst steuerschonend abzuwickeln.</p>
Wirtschaftliche Prüfung	<p>Der Wirtschaftsprüfer BDO prüfte den Kaufgegenstand und die Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen und hat dem Vorstand am 18. September 1998 darüber einen schriftlichen Bericht vorgelegt. Schwerpunkte der Prüfungshandlungen waren die Prüfung der Vertragsabwicklung, die Erstellung eines Status zum 30. Juni 1998, die Prüfung der Kundenforderungen, Lieferantenverbindlichkeiten, Banksalden, Haftungen und Beteiligungen sowie eine abgabenrechtliche Prüfung.</p> <p>Die abfallwirtschaftlichen Grundlagen des Gutachtens wurden von Herrn Reinhard Intemann, Geschäftsführer der Firma Häusle & Hofer Entsorgungs- und Verwertungs GmbH, überprüft. Die abfallwirtschaftlichen Annahmen des Gutachters wurden bestätigt, ein schriftlicher Prüfbericht liegt nicht vor.</p>
Rechtliche Prüfung	<p>Die Prüfung wichtiger Verträge wurde laut Aussage des Vorstandes durch die Rechtsanwaltskanzlei Simma & Bechtold vorgenommen, ein schriftlicher Bericht darüber liegt nicht vor.</p>
Technische Prüfung	<p>Eine technische Prüfung zu Fragen der mechanisch/biologischen Verwertung wurde von Ing Peter Müller, Geschäftsführer der VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH, vormals VKW-Vogel & Müller GmbH, durchgeführt. Schwerpunkt der Prüfung war die Verifizierung der Aussagen des Gutachters Bertl & Partner hinsichtlich der Investitionskosten für eine MBA-Anlage, des Personalbedarfs für eine derartige Anlage sowie der Deponiemenge in Bezug auf die Mülleingangsmenge bei Vorbehandlung durch Verbrennung bzw. MBA-Anlage. Die vom Gutachter mit 50 Prozent angesetzte Deponiemenge nach Vorbehandlung in einer MBA-Anlage wurde von Ing Peter Müller mit 45 Prozent ermittelt und somit als realistisch bestätigt. Die Prüfungsergebnisse wurden dem Vorstand in mehreren persönlichen Gesprächen in den Monaten April bis Juli 1998 dargelegt.</p> <p>Die Ergebnisse dieser Gespräche wurden am 28. Oktober 1998 schriftlich festgehalten und dem Vorstand zur Kenntnis gebracht.</p>



Bewertung

Bei einer Bewertung der Angemessenheit des Kaufpreises für die Häusle-Gruppe müssen aus Sicht des Landes-Rechnungshofes die Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Die Firma Lobbe hat die Häusle-Gruppe im Jahr 1994 übernommen, um deren Aktivitäten in Österreich unter der Federführung des Geschäftsführers der Hubert Häusle GmbH & Co KG neu auszurichten. Der Kaufpreis der Firma Lobbe wurde offiziell nicht bekanntgegeben, Schätzungen von Insidern variieren zwischen ATS 175,0 und 220,0 Mio. Laut Aussagen des Vorstandes stimmte die Familie Edelhof, als Eigentümer der Firma Lobbe, einem Verkauf nur ungern zu. Eine Notwendigkeit die Beteiligung zu veräußern bestand nicht, der Verhandlungsspielraum für die VKW war daher nicht besonders groß.

Für die VKW hingegen war die Häusle-Gruppe ein Schlüsselunternehmen für die Umsetzung der Strategien im Geschäftsfeld Abfallwirtschaft und Umwelttechnik. Auf Grund der guten Kontakte zwischen dem Vorstand, dem Rechtsanwalt der VKW sowie dem Geschäftsführer der Firma Häusle GmbH & Co KG ist es gelungen, mit der Familie Edelhof in konkrete Verhandlungen einzutreten und schließlich die Häusle-Gruppe für einen Kaufpreis in Höhe von ATS 242,0 Mio. zu übernehmen.

Die strategische Komponente des Kaufes, die auch vom Aufsichtsrat und vom Gesellschafter Land Vorarlberg mitgetragen wurde, muss aus Sicht des Landes-Rechnungshofes beim Kaufpreis berücksichtigt werden. Eine strategische Bedeutung für die VKW hat der Kauf nicht aus der Nutzung von Synergien oder der Erzielung einer entsprechenden Rendite, sondern durch die Sicherung des Deponievolumens für den Gesellschafter Land Vorarlberg.

Unter den gegebenen Umständen - Kaufpreisvorgabe der Familie Edelhof – hat der Vorstand der VKW ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Durch die Fixierung des Stichtages mit 1. Jänner 1998, ursprünglich angesetzt wurde der 31. August 1998, blieb der gesamte erwirtschaftete Cash-flow für das Jahr 1998 im Unternehmen. Weiters verblieb ein Grundstück mit einem Buchwert von ATS 44,0 Mio., dessen Verkauf in der ersten Jahreshälfte 1998 geplant war, ebenfalls im Unternehmen. Durch die Veräußerung dieses Grundstückes im Jahr 1999 konnte der Verkaufserlös in Höhe von ATS 46,0 Mio. für die Tilgung aushaftender Darlehen verwendet werden.

Bei einer rein wirtschaftlichen Betrachtung erscheint der Kaufpreis eher hoch, da eine branchenübliche Verzinsung in der Höhe von 10 Prozent nicht erzielt wird. Der erwirtschaftete Cash-flow (Cash-flow vom Ergebnis) der Häusle-Gruppe lag im Jahr 1998 zwar bei ATS 41,5 Mio., der Free Cash flow betrug aber lediglich Mio. 17,7 Mio. Die geplanten Tilgungen in der Höhe von ATS 37,0 Mio. konnten nicht erwirtschaftet werden, Ausschüttungen waren im Jahr 1998 keine vorgesehen.



Bewertung

Die Umwegrentabilität für den Gesellschafter Land Vorarlberg ist schwer zu quantifizieren. Einerseits wird die Unabhängigkeit von privaten Deponiebetreibern gewährleistet und andererseits müsste das Land Vorarlberg für eine eigene Deponie mindestens ATS 100,0 Mio. investieren, um eine Deponie in der genehmigten Größe der Firma Häusle zu errichten. Abgesehen vom Investitionsvolumen wäre es für das Land Vorarlberg schwierig, ein Grundstück dieser Größenordnung erwerben zu können.

Die Betrachtung eines Zeitraumes von über zehn Jahren ist zwar für das DCF-Verfahren legitim, entscheidend sind in der Praxis jedoch die Ergebnisse der ersten 5 Jahre. Bei der Dynamik des Umfeldes verändern sich Markt- und Wettbewerbsbedingungen kontinuierlich, die entsprechende Anpassungen in den Unternehmen erfordern.

Kritisch beurteilt der Landes-Rechnungshof die wirtschaftliche – speziell die abfallwirtschaftliche – Due Diligence, da ein Fehler hinsichtlich der Mengenentwicklung im Gutachten nicht erkannt wurde. Wesentlich für die Ermittlung der Zukunftserfolge in beiden Szenarien war im Gutachten die Entwicklung der Preise, der Deponiemengen und der Kapitalisierungszinssatz.

Mengenentwicklung

Hinsichtlich der Mengenentwicklung hält der Gutachter fest:

„Von 1996 bis 1997 war eine steigende Mengenentwicklung des gesamten deponierten Mülls von 40.807 Jahrestonnen (jato) auf 52.910 jato zu beobachten. Da im Jahr 1996 eine bedeutende Menge an Müll außerhalb Vorarlbergs deponiert wurde, ist die Zahl aus dem Jahr 1996 nicht aussagekräftig. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes und den sonstigen bereits erwähnten Einflussfaktoren (technologische Entwicklung, Bevölkerungswachstum, rechtliches Umfeld) wird ab dem Jahr 1998 eine gleichbleibende zu deponierende Müllmenge von 51.600 jato (inklusive Galvanikschlämme) geplant.“

Der Gutachter weist darauf hin, dass die Mengen ab dem Jahr 1998 auf Grundlage der Informationen unter den gegebenen Rahmenbedingungen und Prämissen der Planungsverantwortlichen der Hubert Häusle GmbH & Co KG geplant und dass sämtliche Mengenangaben soweit möglich vom Gutachter auf Plausibilität geprüft wurden. Obwohl der Gutachter auf den § 31 d Wasserrechtsgesetz verweist, hat er bei der Deponiemenge für die Jahre 2004 bis 2008 die gesetzlichen Vorgaben nicht berücksichtigt. Die Deponiemenge reduziert sich für diese Jahre auf die Durchschnittsmenge der Jahre 1994 bis 1996, somit auf rund 41.000 jato. Die Umsatzerlöse verringern sich bei einem Durchschnittspreis von ATS 1.590,-/Tonne um jährlich rund ATS 17,0 Mio. bzw. 21 Prozent.



- Mengenentwicklung** Bei einer Berücksichtigung im DCF-Verfahren hätte sich dies im Szenario I bei angenommenen proportionalen Kosten von 5 Prozent sowie unter Berücksichtigung der ALSAG- und der Landesabgaben sowie der Steuerersparnis mit rund ATS 22,0 Mio. auf den Unternehmenswert ausgewirkt.
- Preisentwicklung** Kritisch betrachtet der Landes-Rechnungshof auch die Annahme des Gutachters hinsichtlich der Entwicklung der Preise. Der Gutachter ging davon aus, dass die Preise für Haus- und Gewerbemüll sowie Galvanikschlämme nur im Ausmaß der Erhöhung der ALSAG-Beiträge steigen. Die Preise für Biomüll-Verwertung und sämtliche andere Preise wurden als real konstant angesetzt. Ab dem Jahr 2009 wurde mit der Erzielung höherer Preise für mechanisch-biologisch vorbehandelten Abfall gerechnet.
- Bei der Planung der Zukunftserfolge ist der Gutachter davon ausgegangen, dass Abgaben wie Altlastensanierungsbeiträge auf die Kunden überwältzt werden können. Die Art der Preisbildung, nämlich Genehmigung der Tarife durch die Landesregierung, wurde ebenfalls für die Zukunft fortgeschrieben.
- Recherchen des Landes-Rechnungshofes haben ergeben, dass in der Abfallbranche eher mit sinkenden Preisen für Deponiegut nach Vorbehandlung in einer MBA-Anlage gerechnet wurde. Im Zuge der abfallwirtschaftlichen Prüfung hätte auch kritisch hinterfragt werden müssen, ob die uneingeschränkte Überwälzung der ALSAG-Beiträge auf die Kunden sowie die durch die Tarifierung des Landes Vorarlberg über den Marktpreisen anderer Bundesländer liegenden Deponiepreise für Haus- und Gewerbemüll über einen Zeitraum von 20 Jahren haltbar sind. Das Land Vorarlberg beabsichtigt bereits im Jahr 2001 einer Tarifierhöhung auf Grund der steigenden ALSAG-Beiträge nicht mehr zuzustimmen. Die Unternehmen werden angehalten, die gesetzlich festgelegte Erhöhung der ALSAG-Beiträge durch Rationalisierungen zu kompensieren. Weiters beabsichtigt das Land Vorarlberg, bereits vor dem Jahr 2009 eine Vorbehandlung mittels einer MBA-Anlage oder durch Verbrennung zu realisieren. Die zuständigen Stellen im Amt der Vorarlberger Landesregierung wurden im Zuge der Due Diligence jedoch nicht kontaktiert.
- Kapitalisierungs-
zinssatz** Positiv beurteilt der Landes-Rechnungshof die von der VKW veranlasste Korrektur des Kapitalisierungszinssatzes von 5 auf 6 Prozent, die zu einer Reduktion der Unternehmenswerte geführt hat. Trotzdem erscheint der Kapitalisierungszinssatz im branchenüblichen Vergleich als zu niedrig, die vorhandenen Risiken der Abfallwirtschaft werden nicht ausreichend berücksichtigt.



Empfehlung

Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, bei größeren Beteiligungen in Branchen in denen der Vorstand nicht über detaillierte Marktkenntnisse verfügt, einen externen Branchenexperten beizuziehen.

Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof im Zuge der Due Diligence auch Informationen bei den zuständigen Stellen im Amt der Vorarlberger Landesregierung einzuholen, um die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen prüfen zu können.

4.3. Entwicklungsperspektive

Die bis dato erzielten Ergebnisse der Hubert Häusle GmbH & Co KG liegen im Plan, künftig sind jedoch verstärkte Anstrengungen notwendig, um die Verzinsung des eingesetzten Kapitals zu gewährleisten.

Situation

Die finanziellen Eckwerte der Hubert Häusle GmbH & Co KG lagen in den Jahren 1998 und 1999 weitgehend im Plan. Die Umsatzentwicklung brachte eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von rund 20 Prozent. Das Betriebsergebnis für das Jahr 1999 in Höhe von ATS 6,8 Mio. hat sich gegenüber 1998 mit ATS 17,1 Mio. jedoch deutlich reduziert. Ursache dafür waren die Erhöhung der Beschäftigten und Verluste aus der Verschmelzung der BHS in Höhe von rund ATS 6,0 Mio. Die Beschäftigten stiegen von 134 im Jahr 1998 auf 149 im Jahr 1999, damit verbunden war eine Erhöhung der Personalkosten um ATS 8,7 Mio. Trotz eines verbesserten Finanzergebnisses sank das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von ATS 10,5 Mio. im Jahr 1998 auf ATS 4,5 Mio. im Jahr 1999. Der Jahresüberschuss sank von ATS 9,1 Mio. im Jahr 1998 auf ATS 4,5 Mio. im Jahr 1999.

Nach der Übernahme der Häusle-Gruppe durch die VKW wurden weitreichende organisatorische Maßnahmen gesetzt und die Neuausrichtung eingeleitet. Die Zusammenlegung der Produktionsstandorte des Erdenwerks, der Werkstätten sowie der Verwaltung in Lustenau waren mit deutlichen Kosteneinsparungen verbunden.

Für die Jahre 2000 bis 2003 liegt eine Ergebnisrechnung für die wichtigsten finanziellen Eckwerte vor.

Finanzielle Eckwerte der Hubert Häusle GmbH & Co KG der Jahre 1998 bis 2003

In Mio. ATS

Finanzielle Eckwerte	Ist 1998	Ist 1999	Plan 2000	Plan 2001	Plan 2002	Plan 2003
Gesamterlöse	225,9	265,3	242,6	247,5	252,5	254,5
Rohrertrag	164,8	173,5	161,3	156,4	161,9	163,2
Cash flow vom Ergebnis	41,5	48,4	49,1	43,6	46,8	46,6
Jahresüberschuss	9,1	4,5	11,1	4,6	7,8	7,6
Investitionen	23,8	48,3	49,7	30,5	30,5	30,5
Tilgungen	37,0	54,4	23,0	4,6	7,7	7,5
Gewinnabführung VKW	0	10,0	3,2	10,0	10,0	10,0

Quelle: Ergebnisrechnung 1998 – 2003 der Häusle GmbH & Co KG

Situation

Der Aufsichtsrat wurde in der Sitzung vom 25. Mai 2000 über die Geschäftsentwicklung des Jahres 1999 informiert. Neben der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1999 wurden dem Aufsichtsrat auch die Planwerte für das Jahr 2000 und die Istwerte für das 1. Quartal vorgelegt. Inzwischen liegt das Halbjahresergebnis vor. Umsatzerlöse, Rohrertrag und Cash-flow liegen im Plan bzw. sind teilweise übererfüllt.

Bewertung

Mit dem Beteiligungserwerb verfolgte die VKW – wie bereits erwähnt – überwiegend strategische Ziele. Die Vorgaben hinsichtlich einer Verzinsung des Investments von 4 Prozent deuten ebenfalls darauf hin, dass es sich nicht um eine Finanzbeteiligung mit entsprechender Renditeerwartung handelt.

Die vorliegende Ergebnisrechnung für die Jahre 1998 bis 2003 wird vom Vorstand als eher vorsichtige Planung des Geschäftsführers eingestuft. Bei der näheren Betrachtung einzelner Positionen wird deutlich, dass auch künftig mit einer positiven Ertragslage zu rechnen ist. Allerdings reicht der Free Cash-flow in den Jahren 2000 bis 2003 nicht aus, um die Tilgungen und die Gewinnausschüttungen an die VKW zu finanzieren. Dies obwohl die Tilgungen für die Jahre 2001 bis 2003 deutlich reduziert wurden und die Ausschüttung an die VKW relativ gering ist und keine Abgeltung von Risiken zulässt.

Weiters fällt auf, dass der Rohrertrag von 73 Prozent im Jahr 1998 auf 65 Prozent im Jahr 1999 gesunken ist. In der Ergebnisrechnung für die Jahre 2000 bis 2003 wird von einem relativ konstanten Rohrertrag in Höhe von rund 65 Prozent ausgegangen, obwohl die Fremdleistungen und die Beseitigungs- und Verwertungskosten kontinuierlich gestiegen sind und auch künftig durch die Vorbehandlung des Abfalls weiter steigen werden.



Bewertung Aus Sicht des Landes-Rechnungshofes sollten daher weitere Maßnahmen eingeleitet werden, um die Ertragsituation der Hubert Häusle GmbH & Co KG zu verbessern.

Empfehlung Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die Überwachung der Häusle-Gruppe durch den Vorstand und den Aufsichtsrat auch zukünftig in der bisherigen Intensität fortzusetzen.

Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof, den Geschäftsführer zu beauftragen, zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage einzuleiten.

4.4. Stellungnahme des Vorstandes

Der Erwerb der Firma Häusle wird vom Vorstand als "Schlüssel-Investment" im Bereich der Abfallwirtschaft angesehen. Die Firma Häusle ist ein innovatives Unternehmen in diesem Wirtschaftszweig und verfügt zudem über ein großes genehmigtes Deponievolumen. Deshalb stand bei den Kaufüberlegungen nicht der kurzfristige finanzielle Erfolg, sondern ein langfristig angelegtes, volkswirtschaftlich vernünftiges Engagement im Vordergrund. Da der vormalige Eigentümer der Firma Häusle einen Verkauf nicht von sich aus betrieben hat, sehr wohl aber anerkannte, dass die Zukunft der Firma Häusle mit einem neuen Eigentümer VKW besser abgesichert erschien, konnten schließlich über Empfehlung des Geschäftsführers der Firma Häusle doch Kauf- bzw. Verkaufsgespräche aufgenommen werden, allerdings mit einem sehr geringen Handlungsspielraum. Der Vorstand erachtet das erzielte Ergebnis als ein für beide Seiten angemessenes.

Zur Darstellung der Mengenentwicklung hält der Vorstand fest, dass die im Gutachten angeschätzte Menge von 51.600 Jahrestonnen sehr wohl erlöswirksam mittelfristig erreicht wird, da diese Menge jährlich im Durchschnitt beim Abfallwirtschaftszentrum angeliefert werden wird. Durch entsprechende "Vermeidungsstrategien (Gewichtsreduzierung)", durch Trocknung des Restmülls, Aussortierung von Wertstoffen, wird darauf hingearbeitet, dass die ab dem Jahre 2004 genehmigte Deponiemenge von rund 40.000 to nicht überschritten wird. Diese Strategie ist auch auf Grund der hohen Abgaben und Steuerlast zu verfolgen - rund 50 % des Deponiepreises werden durch Steuern und Abgaben verursacht -, da dadurch die Wertschöpfung im Abfallwirtschaftszentrum wesentlich gesteigert werden kann. Wie vom Landesrechnungshof angemerkt, ist die Geschäftstätigkeit laufend den sich ändernden Rahmenbedingungen anzupassen. Die Firma Häusle handelt genau nach diesen Gesichtspunkten, wie durch sinnvolle Investitionen im Bereich Kunststoffrecycling und Pelletierung, Klärschlammkompostierung belegt werden kann. Ein weiteres Beispiel stellt die Zusammenarbeit mit der Abfallwirtschaftsabteilung des Landes für das erarbeitete Konzept für die raschere Verfüllung der Deponie Sporenegg dar.



Diese Maßnahmen erfordern kurzfristig einen höheren Investitionsbedarf, sollen aber in gleicher Weise wie die Standortzusammenlegung beim Abfallwirtschaftszentrum nachhaltig die Ertragsituation der Firma Häusle verbessern.

Die Empfehlungen des Landesrechnungshofes, die Überwachung der Häusle-Gruppe durch den Vorstand und den Aufsichtsrat auch künftig fortzusetzen und den Geschäftsführer zu beauftragen, zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage einzuleiten, werden vom Vorstand mitgetragen.

5. Schlussbemerkungen

Zusammenfassend hob der Landes-Rechnungshof folgende Empfehlungen hervor:

1. Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, die Gesellschaftsanteile des Landes Vorarlberg an der VEG bei der VKW einzubringen, um energieträgerübergreifende Synergien optimal nutzen zu können.
2. Die VKW sollte weitere Kostensenkungspotentiale konsequent nutzen. Dabei empfiehlt der Landes-Rechnungshof, die Vorgaben des Gesellschafters Land Vorarlberg an die VKW den Wettbewerbsbedingungen anzupassen.
3. Um eine angemessene Verzinsung der Beteiligungsinvestments zu erzielen empfiehlt der Landes-Rechnungshof, die Vorgaben für die Beteiligungsrenditen zu erhöhen und Risikozuschläge stärker zu berücksichtigen.
4. Im Beteiligungscontrolling sollte der Einsatz einer Balanced Scorecard für die Häusle Gruppe und die VKW Anlagenbau und Umwelttechnik GmbH geprüft werden. Weiters empfiehlt der Landes-Rechnungshof den Beteiligungsbericht durch Soll/Ist-Vergleiche für die wichtigsten Umsatz- und Ergebnisdaten zu ergänzen.
5. Der Landes-Rechnungshof empfiehlt, bei einem Beteiligungserwerb mit einem entsprechend hohen Investment die Beauftragung eines Zweitgutachters. Weiters sollte künftig bei der Durchführung einer wirtschaftlichen Due Diligence ein Branchenexperte beigezogen werden.



6. Um die Ertragslage bei der Häusle Gruppe zu verbessern und die Ausschüttungen an die VKW aus dem Free Cash-flow zu ermöglichen empfiehlt der Landes-Rechnungshof, den Geschäftsführer mit der Einleitung weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage zu beauftragen.

Bregenz, im September 2000

Der Direktor

Dr Herbert Schmalhardt